

Vorlage scheiterte an Energiestrategie 2050, individuellen Bedenken und inhaltlicher Überforderung



Schlussbericht

Nachanalyse Energiegesetz SO

Studie im Auftrag des Kantons Solothurn,
September 2018

Projektteam

Urs Bieri Politik- und Medienwissenschaftler

Jonas Ph. Kocher Politikwissenschaftler

Alexander Frind Politikwissenschaftler

Katrin Wattenhofer Politikwissenschaftlerin

José Kress Soziologe

Daniel Bohn Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

Inhaltsverzeichnis

1	WICHTIGSTES IN KÜRZE.....	3
	Datenbasis.....	4
2	EINLEITUNG	5
2.1	Ausgangslage und Fragestellung.....	5
2.2	Forschungsplan.....	7
2.2.1	Generelle These des Dispositionsansatzes.....	8
2.2.2	Fragebogen.....	9
2.2.3	Befragung und Stichprobe.....	9
2.2.4	Datenanalyse	11
2.2.5	Grafische Aufbereitung.....	13
3	BEFUNDE	14
3.1	Informiertheit	14
3.1.1	Zwischenbilanz	17
3.2	Differenzierung nach Merkmalsgruppen	18
3.2.1	Teilnahmeverhalten	18
3.2.2	Stimmverhalten	21
3.2.3	Zwischenbilanz	23
3.3	Argumentative Differenzierung.....	24
3.3.1	Energiestrategie 2050	24
3.3.2	Gründe für Stimmentscheid	27
3.3.3	Bewertung der Argumente.....	29
3.3.4	Entscheidungswirkung	31
3.3.5	Zwischenbilanz	32
3.4	Neue Vorlage	33
3.4.1	Zwischenbilanz	34
4	SYNTHESE	35
5	ANHANG	38
5.1	gfs.bern-Team	38

1 Wichtigstes in Kürze

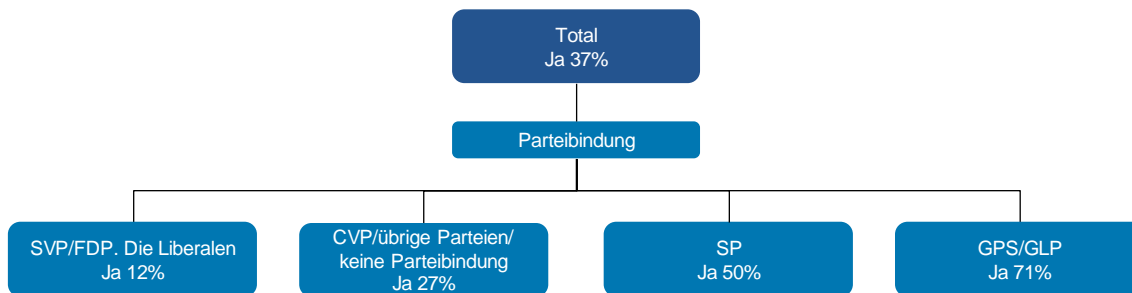
Es fiel den Solothurner Stimmberechtigten eher schwer, sich eine Meinung zum kantonalen Energiegesetz zu bilden. 40 Prozent können sich nicht mehr an Inhalte aus der Vorlage erinnern. Insgesamt hätten sich die Teilnehmenden, gerade auch von Behördenseite, mehr Informationen gewünscht. Die Komplexität der Vorlage und der Mangel an Informationen führte einerseits zu einer Abstimmungsabstänzigkeit, und andererseits zu einer erhöhten Ablehnung der Vorlage.

Die Anhängerschaft von GPS und GLP waren am stärksten mobilisiert, gefolgt von derjenigen der FDP. SP und SVP weisen eine durchschnittliche, die CVP eine leicht unterdurchschnittliche Beteiligungsquote auf. Die Parteiungebundenen waren deutlich unterdurchschnittlich mobilisiert. In der Summe war das Nein-Lager leicht besser mobilisiert als das Ja-Lager.

Grafik 1

Profilbaum Abstimmungsentscheid

in % Stimmberechtigte des Kantons Solothurn, die an der Abstimmung teilgenommen haben (nur gültige Stimmen)



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (n = 644)

Einzig die Sympathisierenden von GPS und GLP legten mehrheitlich ein Ja in die Urne. Die Anhängerschaft der SP war gespalten, das CVP-Lager lehnte die Vorlage trotz Ja-Parole mehrheitlich ab. Die ablehnenden FDP und SVP konnten von einer hohen Parolentreue ihrer Anhängerschaften profitieren. Das Nein wurde durch die klar mehrheitliche Ablehnung durch die Parteiungebundenen gestützt.

Abgesehen von der Parteibindung sind die Unterschiede bei den übrigen Merkmalsgruppen für das Endergebnis kaum relevant.

Inhaltlich scheiterte die Vorlage einerseits an der Meinung gegenüber der Energiestrategie 2050: Wer dieser ablehnend gegenüberstand, legte fast flächendeckend auch 2018 ein Nein in die Urne. Die kantonale Vorlage ging sogar vielen Befürwortenden der Energiestrategie 2050 zu weit, und so stimmte sogar eine Mehrheit von ihnen gegen die kantonale Gesetzesrevision.

Andererseits ist das deutliche Scheitern auf die Erwartung individueller Nachteile zurückzuführen. Vor allem der als zu stark wahrgenommene Eingriff ins Privateigentum und die Befürchtung höherer Mieten befeuerten das Nein. Die meinungswirksamen Pro-Argumente waren dagegen deutlich schwächer in der Bevölkerung verankert: Dass die kantonale Vorlage den Volkswillen umsetzt, glaubte nur die Hälfte der Teilnehmenden. Dass das Gesetz zur Erreichung der kantonalen Klimaziele nötig sei, wird sogar mehrheitlich bestritten.

Die Ablehnung der Vorlage ist kein generelles Veto gegen eine Revision. 68 Prozent wünschen sich einen neuen Vorschlag der Behörden. Dieser sollte jedoch verstärkt auf Anreizsysteme und Zielvorgaben statt Vorschriften und Verbote setzen.

Datenbasis

Die Ergebnisse der Befragung "Nachanalyse Energiegesetz SO" basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1'000 Stimmberechtigten aus dem Kanton Solothurn durch gfs.bern. Die Befragung wurde zwischen dem 18. Juli und 7. August 2018 mittels computerunterstützten Telefoninterviews (CATI) durchgeführt. Der statistische Fehler bei der Stichprobengrösse für die jeweiligen befragten Gruppen beträgt:

Tabelle 1

Stichprobenfehler

Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 1'000	±3.2 Prozentpunkte	±2.5 Prozentpunkte
N = 600	±4.1 Prozentpunkte	±3.3 Prozentpunkte
N = 100	±10.0 Prozentpunkte	±8.1 Prozentpunkte
N = 50	±14.0 Prozentpunkte	±11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ±3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ±2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

© gfs.bern

Um Fehlinterpretationen zu minimieren, nehmen wir keine Subgruppenanalysen in Gruppen vor, in denen weniger als 50 Fälle vorliegen.

2 Einleitung

2.1 Ausgangslage und Fragestellung

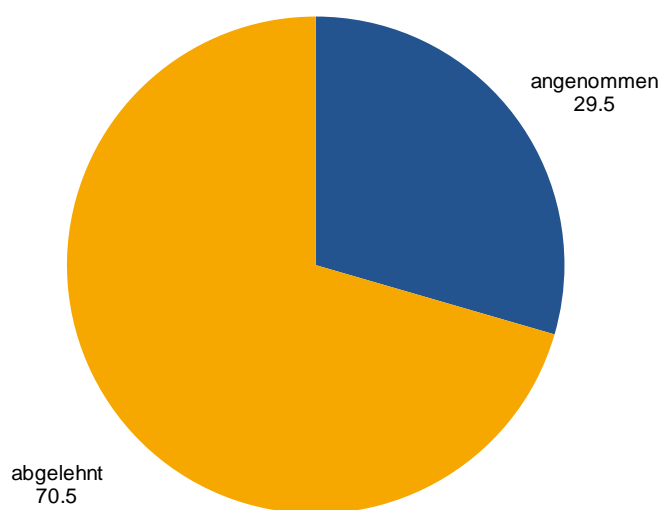
Ende Januar 2018 verabschiedete der Solothurner Kantonsrat die Revision des Energiegesetzes mit 56 zu 41 Stimmen. Eine Mitte-links-Koalition wollte damit die eidgenössische Energiestrategie 2050 auf kantonaler Ebene umsetzen. Durch das Energiegesetz sollte vor allem durch Anpassungen der Bauvorschriften im Gebäudebereich der Energieverbrauch langfristig gesenkt werden. SP, CVP, GPS und GLP kämpften für die Vorlage. FDP und SVP verkündeten eine Nein-Parole.

Die Stimmberechtigten des Kantons Solothurn haben am 10. Juni 2018 die Abstimmung zur Teilrevision des Energiegesetzes abgelehnt. Der Ja-Anteil lag im gesamten Kanton bei 29.5 Prozent. Aufgrund der knappen Mehrheitsverhältnisse im Parlament war eine Ablehnung an der Urne möglich. Die Höhe der Ablehnung war jedoch überraschend.

Grafik 2

Abstimmungsergebnis Teilrevision Energiegesetz

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn, die an der Abstimmung teilgenommen haben (nur gültige Stimmen)

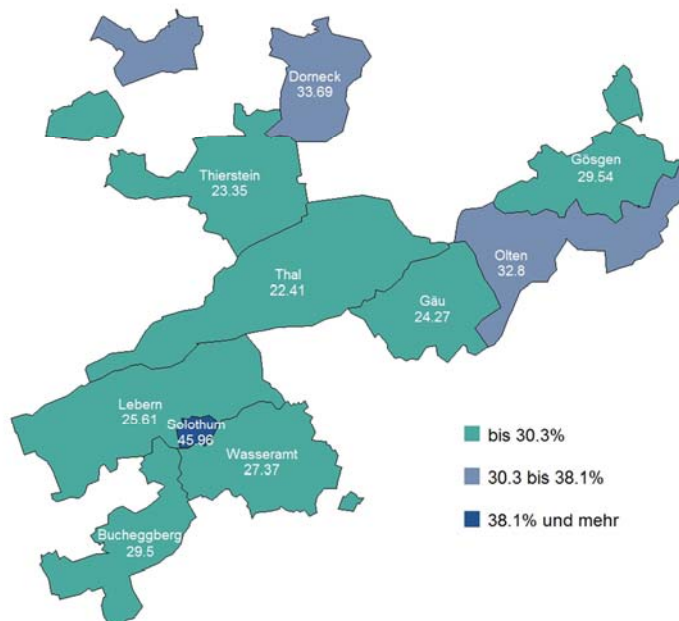


© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO, Juli/August 2018
Quelle/Abstimmungsergebnis: www.so.ch

Die Vorlage wurde in allen Bezirken und Gemeinden mehrheitlich abgelehnt: Einzig in der Kleinstgemeinde Rohr legten genau 50 Prozent der Teilnehmenden ein Ja in die Urne. Abgesehen davon war der Ja-Anteil in der Städten Olten (46.8%) und Solothurn (46.0%) am höchsten. In der zweitgrössten Stadt Grenchen lag der Anteil mit 23.4 Prozent sogar unterhalb des kantonalen Werts.

Abstimmungsergebnis Revision

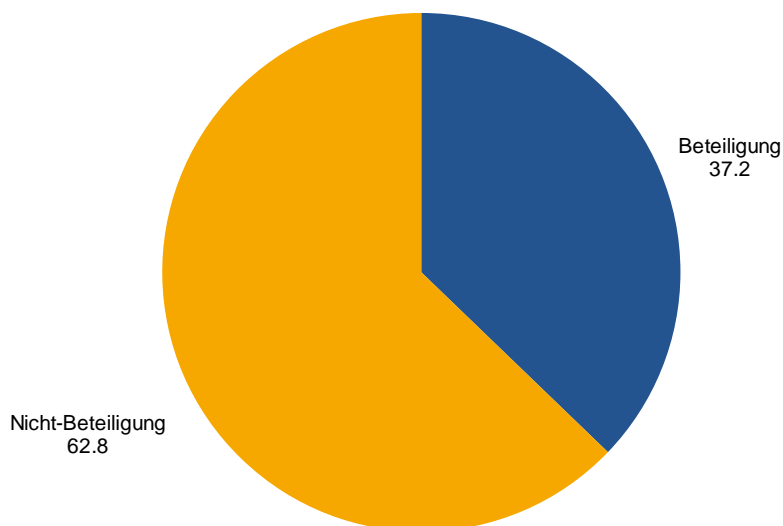
in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn, die an der Abstimmung teilgenommen haben (nur gültige Stimmen)



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO, Juli/August 2018
 Quelle/Abstimmungsergebnis: www.so.ch

Stimmbeteiligung Teilrevision Energiegesetz

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO, Juli/August 2018
 Quelle/Abstimmungsergebnis: www.so.ch

Die Stimmbeteiligung von 37.2 Prozent liegt sichtbar unter dem Durchschnitt der letzten Jahre. Die Höhe der Stimmbeteiligung bei kantonalen Abstimmungen wird in der Regel von der Zugkraft gleichentags stattfindender eidgenössischer

Urnengänge bestimmt. Gleichentags wurde national auch über das Geldspielgesetz sowie über die Vollgeldinitiative abgestimmt, was im Paket augenscheinlich (auch auf Bundesebene) nur einen unterdurchschnittlichen Teilnahmewillen auslösen konnte.

Im Normalfall kann davon ausgegangen werden, dass tiefe Beteiligungen eher der Behördenpolitik zudient, da Protestwählende bei tiefer Beteiligung am Urnengang im Normalfall nicht mitmachen. Entsprechend ist das klare Votum gegen die Vorlage bemerkenswert, auch wenn sich die Umstrittenheit zumindest teilweise schon in der parlamentarischen Phase gezeigt hat.

Der Kanton Solothurn beauftragte das Forschungsinstitut gfs.bern damit, eine Nachanalyse zur abgelehnten Vorlage durchzuführen. Das Forschungsinstitut gfs.bern hat dazu die kantonalen Stimmberechtigten nach ihrer Stimmabgabe, deren Begründung sowie nach deren Einstellung zu Energie und Energiepolitik gefragt.

Der vorliegende Schlussbericht enthält alle Erkenntnisse aus der Befragung und schliesst die Berichterstattung ab.

2.2 Forschungsplan

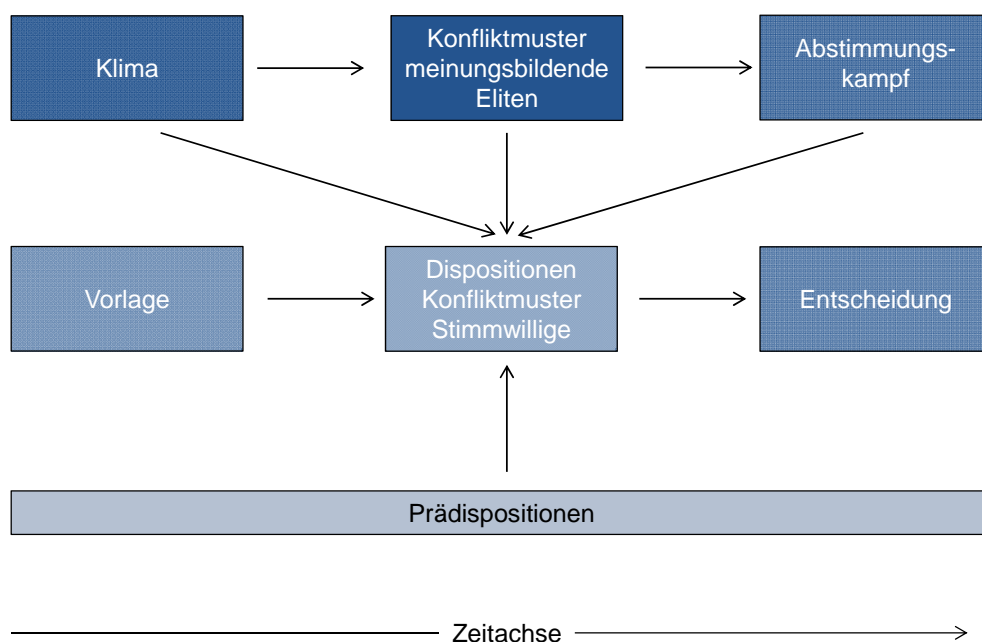
Als Konzept für Abstimmungsanalysen hat gfs.bern den Dispositionsansatz entwickelt. Dieser eignet sich besonders, um über den Einzelfall hinaus verständlich zu machen, wer wie gestimmt hat, was dazu geführt hat und was aus der Entscheidung gefolgert werden kann. Ohne in die Details zu gehen werden die hauptsächlichen Prämissen des Ansatzes und die Folgerungen, die sich für die vorliegende Analyse ergeben, kurz vorgestellt.

2.2.1 Generelle These des Dispositionsansatzes

Die These des Dispositionsansatzes lautet: Ergebnisse von Volksabstimmungen zu einer bestimmten Vorlage stehen in der Regel nicht ein für alle Mal fest. Vielmehr sind sie das Produkt aus Prädispositionen der Bevölkerung und aus Kampagnenwirkungen, die in einem bestimmten Umfeld erzeugt worden sind.

Grafik 5

Analytisches Schema des Dispositionsansatzes



© gfs.bern

Formalisiert werden Entscheidungen als Funktion von Vorlagen, Kampagnen, Prädispositionen und dem Umfeld (allgemeines Klima, Konfliktmuster der Eliten) gesehen. Entscheidungen variieren demnach, wenn sich mindestens eines dieser Elemente ändert. Allerdings können sie sich nicht beliebig entwickeln. So wird die Öffentlichkeitsarbeit durch das Umfeld und die Vorlage mitbestimmt und Prädispositionen ändern sich in der Regel nur langfristig oder nur als Folge von veränderten Umfeldbedingungen. Schliesslich können auch Vorlagen nicht einfach ausgewechselt werden.

Streng genommen setzt der Dispositionsansatz eine Vor- und eine Nachanalyse von Entscheidungsprozessen voraus. Denn nur so können Prädispositionen sauber ermittelt werden, da sie sich als Vorverständnisse der Bürgerinnen und Bürger von Problemen und Lösungsvorschlägen verstehen, die nicht erst unter Bedingungen gezielter Öffentlichkeitsarbeit entstehen. Vielmehr stellen sie die Basis dar, auf der die Politik Meinungsbildung betreiben sollte, sei es als Bestätigung, als Weiterentwicklung oder als Umkehr bisheriger Präferenzen. Prädispositionen sind als politische Routinen vorhanden, aber auch als Interessenlagen, als Werthaltungen und als Identitäten, sofern diese für die Entscheidung von Belang sind oder werden können.

Reine Nachanalysen müssen auf die Prozessbetrachtung verzichten, verfahren aber retrospektiv grundsätzlich nach dem gleichen Analyseschema. Im Nachhinein können wir eine Unterscheidung zwischen Prädispositionen und Kampagnen-Argumentarium nicht leisten, da wir ohne Vorbetrachtung nicht wissen, was erst in der Kampagne als Argument auftaucht und was schon vor Kenntnisaufnahme der Vorlage in der Bevölkerung angelegt war.

2.2.2 Fragebogen

Für die Abstimmungsnachanalyse zum Energiegesetz wurde ein Fragebogen mit folgenden Gruppen von Fragen gebildet:

Tabelle 2

Übersicht über die Module und Indikatoren der Befragung

Abstimmungsverhalten

Teilnahme an der Abstimmung
Stimmenscheid
Motivation für die Stimmabgabe

Meinungsbildung zur Vorlage

Wahrnehmung der Vorlage
Informationsstand, Informationsbedarf, Behördeninformation
Mediennutzung
Argumententest zur Vorlage selber

neue Vorlage

Verzicht vs. neuer Vorschlag
Ansichten zu einer neuen Vorlage

Energiestrategie 2050

generelle Beurteilung
Argumente zur Energiestrategie

Bevölkerungsmerkmale

Geschlecht
Alter
Bildungsabschluss
Haushaltseinkommen
Parteibindung
Wohnsituation

© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO, Juli/August 2018

Der Aufbau des Fragebogens folgte den Erfahrungen, die wir bei anderen Abstimmungsnachanalysen gesammelt haben. Der Auftraggeber hatte während der Fragebogenkonstruktion weitgehende Mitsprachemöglichkeiten. Das methodische Letztentscheidungsrecht lag bei gfs.bern.

2.2.3 Befragung und Stichprobe

Die Ergebnisse der Befragung "Nachanalyse Energiegesetz" basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1'000 Stimmberechtigten aus dem Kanton Solothurn durch gfs.bern. Die Befragung wurde zwischen dem 18. Juli und 7. August 2018 mittels computerunterstützten Telefoninterviews (CATI) durchgeführt.

Um Aussagen sowohl zu den Abstimmungsteilnehmenden als auch zu den themeninteressierten Nicht-Teilnehmenden zu erhalten, wurden 700 Abstimmungsteilnehmende und 300 Nicht-Teilnehmende befragt. Der resultierende Datensatz wurde nach den realen Verhältnissen rund um Teilnahme und Stimmabgabe gewichtet.

Die Interviews wurden von etwa 60 ausgebildeten Befragerinnen und Befragern durchgeführt. Sie wurden vorgängig über Ziel und Ablauf der Umfrage instruiert. Die Befragungsarbeit wurde an Werktagen zwischen 8 Uhr morgens und 21 Uhr abends realisiert.

Über die technischen Eckwerte dieser Umfrage orientiert die nachstehende Übersicht:

Tabelle 3

Technischer Kurzbericht der Befragung

Auftraggeber	Kanton Solothurn
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte des Kantons Solothurn
Befragungsgebiet	Kanton Solothurn
Herkunft der Adressen	RDD Festnetz
Datenerhebung	telefonisch, computergestützt (CATI)
Art der Stichprobenziehung	Random-Quota; Geburtstagsmethode im Haushalt
Befragungszeitraum	18. Juli und 7. August 2018 (Mean-Day: 31. Juli 2018)
Stichprobengrösse	1'000 (davon 700 UrnengängerInnen)
Fehlerbereich	±3.2 Prozentpunkte bei 1'000 StimmbürgerInnen bzw. ±3.8 Prozentpunkte bei 700 UrnengängerInnen bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit
Quotenmerkmale	Geschlecht/Alter interlocked, Teilnahme
Gewichtung nach	Alter/Geschlecht interlocked, Teilnahme, Resultat, Parteiaffinitäten

© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO, Juli/August 2018

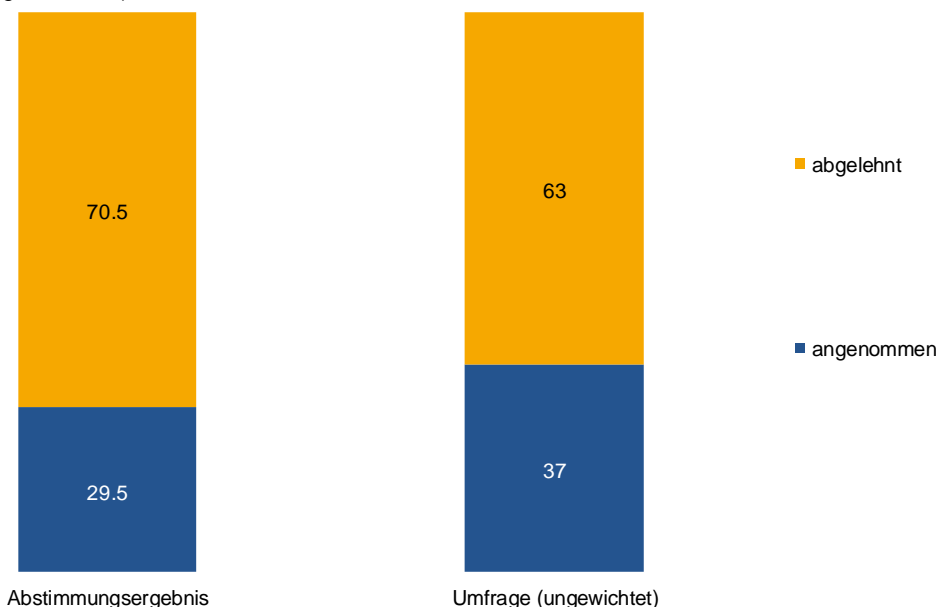
Der Anteil Ja- und Nein-Stimmen weicht in der ungewichteten Stichprobe vom Endresultat ab, wurde aber ebenfalls mittels Gewichtung korrigiert. Der Datensatz wurde somit ex post nach den realen Verhältnissen rund um Teilnahme und Stimmabgabe zurückgewichtet. Besondere Vorkommnisse während der Befragungszeit sind keine zu verzeichnen.

Grafik 6

Vergleich Abstimmungsergebnis mit Umfrage (ungewichtet)

"Wie haben Sie abgestimmt, welches war Ihr Stimmenscheid zur Teilrevision des Energiegesetzes?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn, die an der Abstimmung teilgenommen haben
(nur gültige Stimmen)



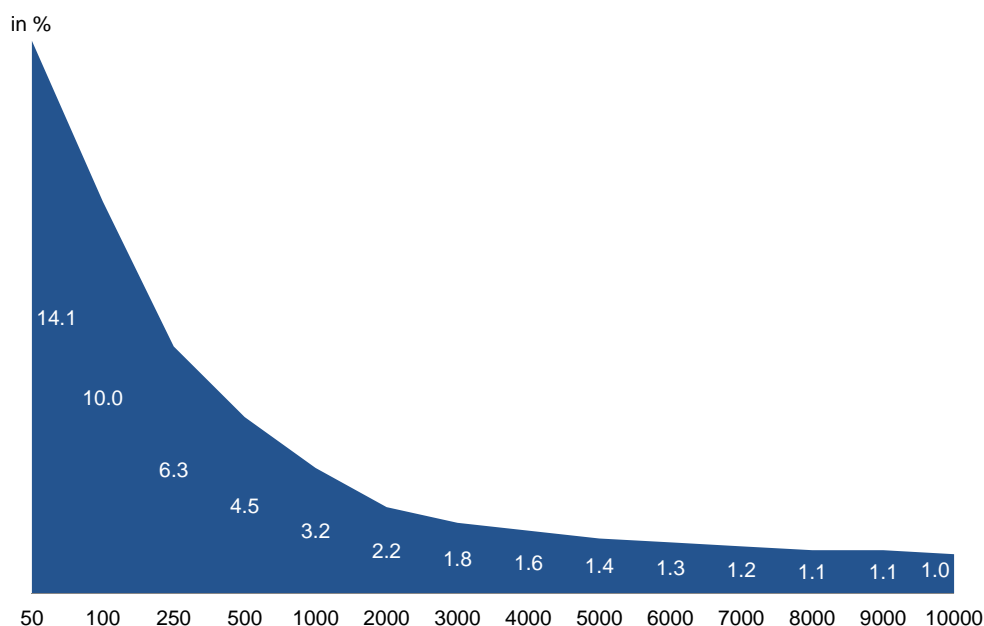
© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO, Juli/August 2018 (n = 644)
Quelle/Abstimmungsergebnis: www.so.ch

2.2.4 Datenanalyse

Die neu generierten Daten wurden wie folgt analysiert: Zuerst leisteten wir die beschreibende Analyse. Dabei wurden vor allem Häufigkeiten in Form von Prozentwerten beschrieben. Jede dieser Aussagen ist mit einem statistischen Unsicherheitsbereich behaftet. Dieser richtet sich vor allem nach der Stichprobengrösse, bedingt auch nach der Höhe der Prozentzahl, welche interessiert.

Grafik 7

Maximaler statistischer Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse



© gfs.bern, Nomogramm/Fehlerquotenberechner (www.gfsbern.ch)

Die statistischen Fehlerquoten für die vorliegende Untersuchung sind in der nachstehenden Tabelle zusammengestellt. Der statistische Fehler bei der gesamten Stichprobengrösse (N = 1000) beträgt rund ± 3.2 Prozentpunkte, bei den Teilnehmenden an der Abstimmung (n = 700) ± 3.8 Prozentpunkte.

Tabelle 4

Stichprobenfehler

Ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung

Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 1'000	± 3.2 Prozentpunkte	± 2.5 Prozentpunkte
N = 700	± 3.8 Prozentpunkte	± 3.0 Prozentpunkte
N = 100	± 10.0 Prozentpunkte	± 8.1 Prozentpunkte
N = 50	± 14.0 Prozentpunkte	± 11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ± 3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ± 2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

© gfs.bern

Zusammenhänge zwischen zwei Variablen, also beispielsweise zwischen dem Stimmverhalten und dem Geschlecht, wurden mittels bivariaten statistischen Masszahlen überprüft. Das normalerweise verwendete Mass ist der Koeffizient Cramérs V. Der Vorteil dieser Masszahl ist, dass sie unabhängig vom Skalenniveau der Indikatoren verwendet werden kann. Damit wird die Stärke des Zusammenhangs bestimmt. Dieser ist umso stärker, je mehr das Cramérs V von Null

divergiert. Davon unterscheiden wir die Frage, ob der in der Befragung gefundene und vermessene Zusammenhang auch auf die Grundgesamtheit verallgemeinert werden darf. Dafür verwendeten wir den üblichen Signifikanztest χ^2 . Damit misst man, inwieweit die Untergruppen ein signifikant unterschiedliches Verhalten an den Tag gelegt haben. In der Regel verwendeten wir ein Sicherheitsmass von 95 Prozent.

Gilt es, die Zusammenhänge zwischen mehr als zwei Variablen zu bestimmen, kommen multivariate Analysemethoden zum Einsatz. Dabei muss man zwischen den hier angewandten Operationen unterscheiden:

- die Gruppierung der Befragten,
- die Kausalanalyse zwischen mehreren unabhängigen und einer abhängigen Variable.

Die Erklärung von Zusammenhängen zwischen mehreren unabhängigen Variablen und einer abhängigen Variable leistet die **multivariate Regressionsanalyse**. Diese basiert analog zu Korrelationen auf Koeffizienten, welche die Stärke des Zusammenhangs bestimmen. Der Unterschied zur Korrelationsrechnung besteht allerdings darin, dass die Regressionsanalyse nicht nur eine unabhängige Variable ausmisst, sondern eine beliebige Zahl von Variablen mit einbeziehen kann. Dies kommt komplexen Realitäten deutlich näher. Die Regressionsanalyse bestimmt auf diese Weise, welche unabhängige Variable wie stark auf die abhängige Variable wirkt, wenn man die Effekte der anderen unabhängigen Variablen mitberücksichtigt. Dabei zielt man auf den Beta-Koeffizienten ab. Wie bei der Korrelationsrechnung gibt es Sicherheitsmasse, die angeben, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein in der Stichprobe gefundener Zusammenhang auch in der Grundgesamtheit gilt. Konkret handelt es sich um den Signifikanztest, der analog zur obigen Beschreibung funktioniert.

Eingesetzt wird dieses Verfahren vor allem dort, wo es gilt, die Zusammenhänge zwischen der Beurteilung verschiedener Botschaften einerseits und einer Einstellung oder Handlungsbereitschaft andererseits zu bestimmen. Dies kann an sich auch mit der Korrelationsrechnung geleistet werden, doch hat diese Form der Analyse den Nachteil, dass man die gleiche Beziehung mit verschiedenen Argumenten immer wieder nachweist. Dies schliesst die Regressionsrechnung aus, denn sie sagt, welches Argument am besten die untersuchte Einstellung erklärt, welches an zweiter Stelle steht und so weiter.

Daneben findet die **Answer-Tree-Analyse** Berücksichtigung. Diese Methode differenziert eine Ausgangspopulation in inhaltlich relevante Teilpopulationen, wobei sowohl die Signifikanz des beobachteten Unterschieds wie auch deren Beitrag zur Erklärung der abhängigen Variable ein ordnendes Kriterium darstellt. Die Visualisierung gleicht dabei einem Baum, wobei den primären Ästen am meisten Erklärungskraft zukommt und weitere Äste diese Erklärungskraft verfeinern.

2.2.5 Grafische Aufbereitung

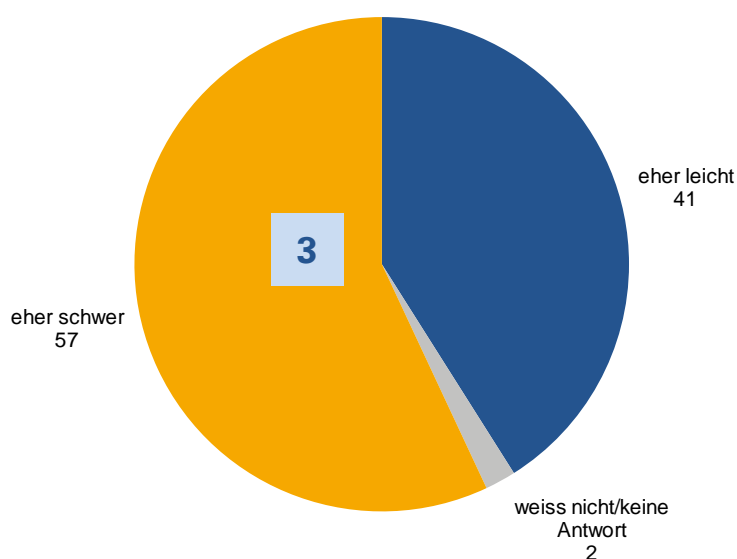
Alle im Schlussbericht enthaltenen Grafiken liegen dem gleichen Schema zugrunde, das im Folgenden kurz erläutert wird:

Grafik 8

Filter Meinungsbildung Teilrevision Energiegesetz 1

"Ist es bei der Abstimmung zur Teilrevision des Energiegesetzes eher leicht oder eher schwer gewesen, sich mit den erhaltenen Informationen ein Bild zum Abstimmungsthema zu machen?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn, die an der Abstimmung teilgenommen haben



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (n = 700)

4

- 1 Im Titel lässt sich sowohl eine schlagwortartige Zusammenfassung der Frage, als auch in Anführungszeichen der genaue Fragetext ablesen. Der Fragetext selbst wird von unseren Interviewenden auf Schweizerdeutsch vorgetragen. Dem Titel ist zudem zu entnehmen, ob die Grafik gefiltert ist oder nicht gefiltert.
- 2 Die Referenzgrösse gibt darüber Aufschluss, auf welche Gruppe sich die Auswertung in der Grafik bezieht. In den meisten Fällen sind dies die Stimmberechtigten des Kantons Solothurn respektive die Stimmberechtigten, die an der Abstimmung teilgenommen haben.
- 3 In grafischer Form werden die Ergebnisse dargestellt. Je nach angestrebter Aussage werden die Resultate mittels Kuchen-, Balken-, Säulen- oder Liniengrafiken visualisiert. Für die Darstellung von Zusammenhängen werden zudem Regressionsgrafiken und Answer-Tree-Grafiken verwendet. Ausführungen dazu sind bei den entsprechenden Grafiken zu finden.
- 4 Der Fusszeile entnimmt man sowohl den Zeitraum der Befragung (Juli/August 2018) als auch die Anzahl der befragten Personen, die für die Aussage in der entsprechenden Grafik relevant ist (hier: n = 700).

3 Befunde

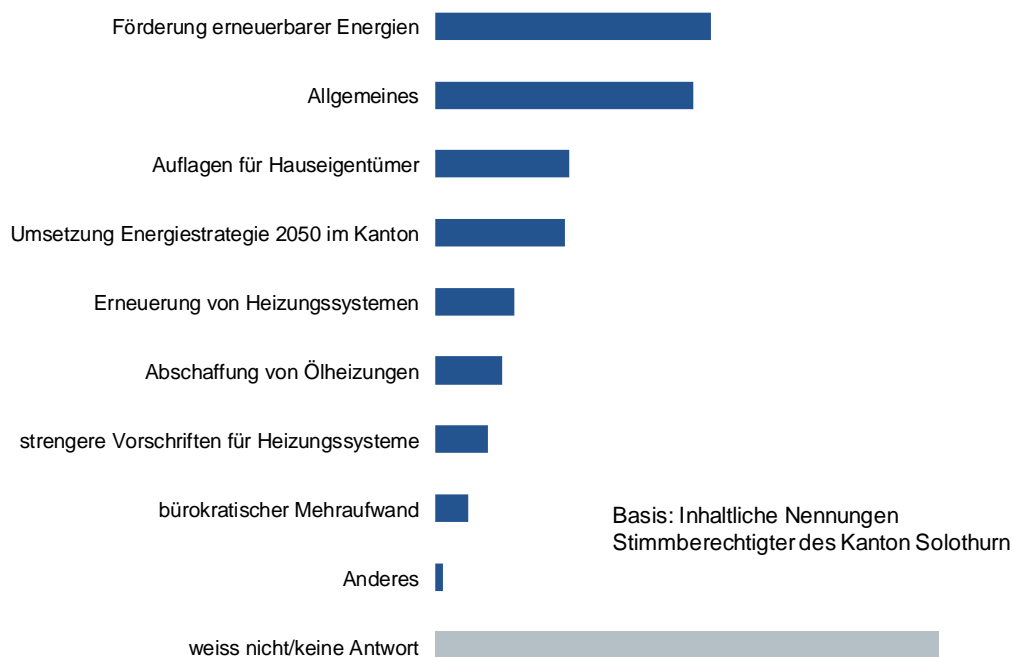
3.1 Informiertheit

40 Prozent aller Solothurner Stimmberechtigten können rund einen Monat nach dem Urnengang nicht angeben, um was es bei kantonalen Energiegesetz ging:

Grafik 9

Inhalt Teilrevision Energiegesetz

"Am 10. Juni konnten die Stimmberechtigten des Kantons Solothurn über die Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes abstimmen. Können Sie mir sagen, was der Inhalt dieser Vorlage war?"



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO 2018 (N = 1000)

Dies ist im Vergleich mit anderen Vorlagen überdurchschnittlich gross, was schon einen deutlichen Hinweis auf die Art der Meinungsbildung darstellt. Augenscheinlich war die Vorlage alles andere als selbsterklärend. Erfahrungsgemäss ist thematische Überforderung ein zentraler Treiber dafür, dass man schliesslich der Urne verstärkt fernbleibt.

Inhaltlich ist vor allem hängengeblieben, dass erneuerbare Energien gefördert werden sollen. Darüber hinaus erinnerten sich die Stimmberechtigten daran, dass damit die Energiestrategie 2050 im Kanton umgesetzt werden soll, aber auch daran, dass vor allem auf Hauseigentümerinnen und -eigentümer neue Auflagen zukommen.

Weiter wurde die Erneuerung von Heizungssystemen, die Abschaffung von Ölheizungen respektive strengere Vorschriften für Heizungssysteme genannt. Vereinzelt wurde in der inhaltlichen Beschreibung auch auf den bürokratischen Mehraufwand Bezug genommen.

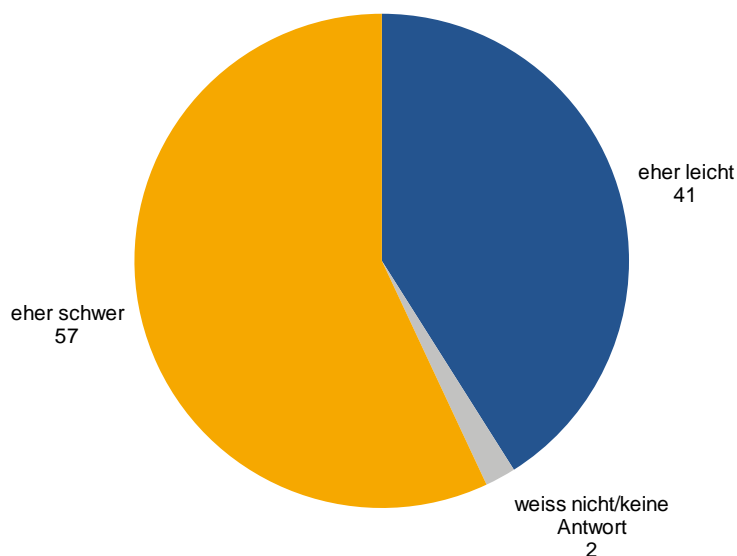
Die Komplexität der Vorlage hat aber nicht nur Personen von der Urne ferngehalten, sondern ist auch unter den Urnengängerinnen und Urnengängern ein Thema:

Grafik 10

Filter Meinungsbildung Teilrevision Energiegesetz

"Ist es bei der Abstimmung zur Teilrevision des Energiegesetzes eher leicht oder eher schwer gewesen, sich mit den erhaltenen Informationen ein Bild zum Abstimmungsthema zu machen?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn, die an der Abstimmung teilgenommen haben



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (n = 700)

Mehrheitliche 57 Prozent aller Teilnehmenden bekunden in der Rückerinnerung Mühe, sich mit den vorhandenen Informationen ein Bild zur Vorlage zu machen. Das ist für eine politische Vorlage ein ausgesprochen hoher Anteil. Zum Vergleich waren es nur 33 Prozent, welche in der Entscheidungsfindung zur nationalen Energieabstimmung 2017 Schwierigkeiten bekundeten.

Umso schwerwiegender ist dabei, dass gerade Personen, welche die Vorlage schliesslich verworfen haben, leicht überdurchschnittlich Mühe in der Entscheidungsfindung hatten. Oder im Umkehrschluss: Das Nein an der Urne war keineswegs ein schneller und klarer Entscheid, sondern die Folge eines Ringens mit der eigenen Entscheidung.

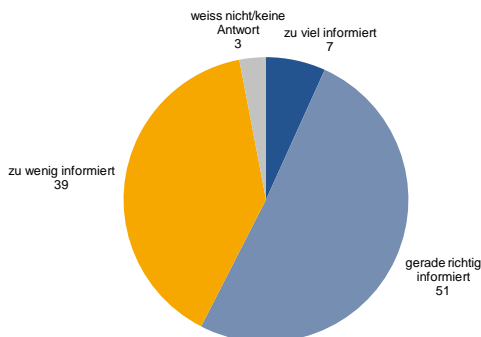
Es erstaunt so auch nicht, dass 39 Prozent aller Teilnehmenden in der eigenen Einschätzung zu wenig informiert worden sind, was im Vergleich zu anderen Abstimmungsvorlage ein beträchtliches Informationsdefizit darstellt:

Grafik 11

Filter Informationsgrad Teilrevision Energiegesetz

"Finden Sie, dass Sie zur Teilrevision des Energiegesetzes vor der Abstimmung zu viel, gerade richtig oder zu wenig informiert worden sind?"

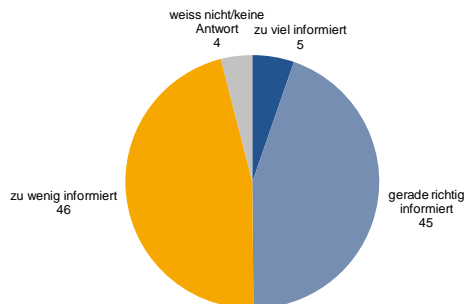
in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn, die an der Abstimmung teilgenommen haben



Filter Informationsgrad Behörden Teilrevision Energiegesetz

"Finden Sie, dass die Behörden zur Teilrevision des Energiegesetzes vor der Abstimmung gerade richtig, zu viel oder zu wenig informiert haben?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn, die an der Abstimmung teilgenommen haben



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (n = 700)

© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (n = 700)

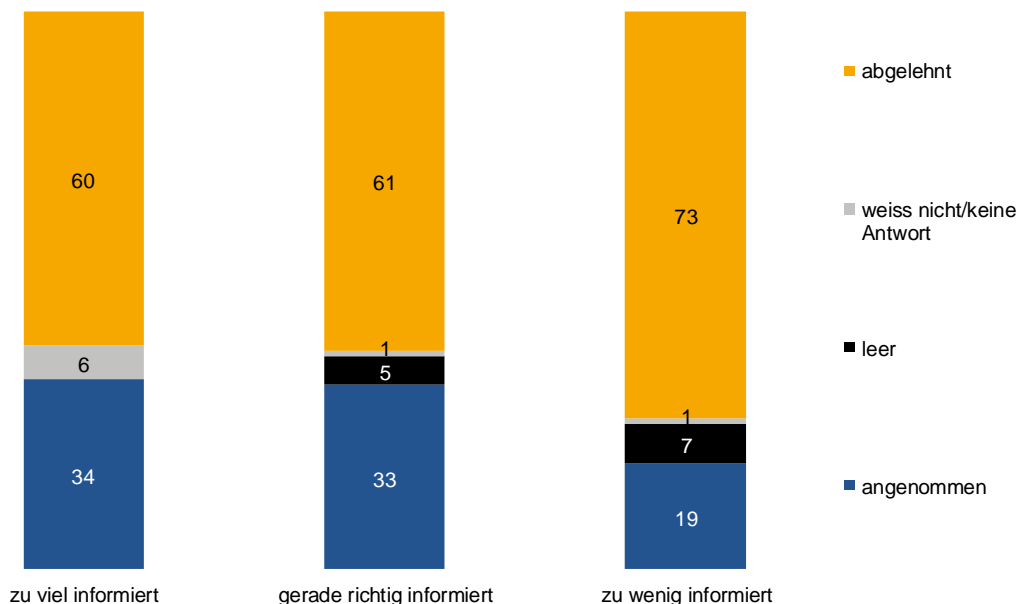
Verstärkt vorhanden ist dieser Wunsch nach mehr Informationen mit Bezug auf die Behördenkommunikation: Aus dieser Richtung fühlten sich 46 Prozent aller Teilnehmenden zu wenig informiert.

Grafik 12

Filter Stimmentscheid nach Informationsgrad Teilrevision Energiegesetz

"Wie haben Sie abgestimmt, welches war Ihr Stimmentscheid zur Teilrevision des Energiegesetzes?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn, die an der Abstimmung teilgenommen haben



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (n = 700), sig.

Insgesamt führte die thematische Überforderung also nicht nur zu einem überdurchschnittlichen Fernbleiben vom Urnengang, sondern beförderte auch die kritische Haltung gegenüber der Behördenvorlage. Wer sich zu wenig informiert fühlte, legte überdurchschnittlich oft ein Nein in die Urne. Der Wunsch nach mehr Informationen wäre durchaus gegeben gewesen. Allerdings stimmten auch die nach eigenen Aussagen gerade richtig oder sogar überinformierten mehrheitlich gegen die Vorlage.

Die Teilnehmenden haben sich in erster Linie via Zeitungsartikel und durch das Abstimmungsbüchlein über die Vorlage informiert:

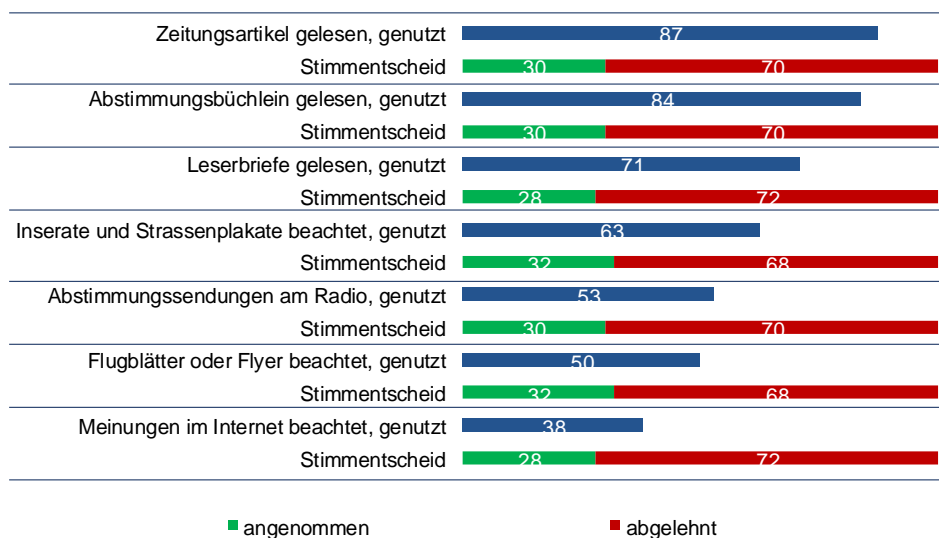
Grafik 13

Filter Nutzung Informationsangebot für Abstimmung und Stimmentscheid

"Wie haben Sie sich während des Abstimmungskampfes orientiert?"

Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie die folgenden Informationsangebote genutzt haben oder nicht."

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn, die an der Abstimmung teilgenommen haben



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (n = 700)

Leserbriefe waren das nächsthäufig genutzte Informationsmedium, gefolgt von Inseraten und Strassenplakaten. Abstimmungssendungen im Radio sowie Flugblätter oder Flyer haben rund die Hälfte der Teilnehmenden genutzt. Nur 38 Prozent haben Meinungen im Internet beachtet, um sich über die Vorlage zu informieren.

Die Daten zeigen keine signifikante Wirkung der Mediennutzung auf den inhaltlichen Stimmentscheid. Unter den Nutzenden der jeweiligen Mediengattung ist das Verhältnis von Ja- zu Nein-Stimmen nahe am Gesamtergebnis der Abstimmung. Einen leicht höheren Ja-Anteil weisen Teilnehmende auf, welche Inserate und Strassenplakate beachtet haben. Leicht mehr Nein-Stimmen kommen von Teilnehmenden, welche Leserbriefe und Meinungen im Internet gelesen haben. Die Unterschiede lassen sich jedoch statistisch nicht erhärten.

3.1.1 Zwischenbilanz

Es viel den Solothurner Stimmberechtigten eher schwer, sich eine Meinung zum kantonalen Energiegesetz zu bilden. 40 Prozent können sich nicht mehr an Inhalte aus der Vorlage erinnern. Insgesamt hätten sich die Teilnehmenden, gerade auch von Behördenseite, mehr Informationen gewünscht. Die Komplexität der Vorlage und der Mangel an Information führte einerseits zu Abstimmungsabstänzen, und andererseits zu einer erhöhten Ablehnung der Vorlage.

3.2 Differenzierung nach Merkmalsgruppen

3.2.1 Teilnahmeverhalten

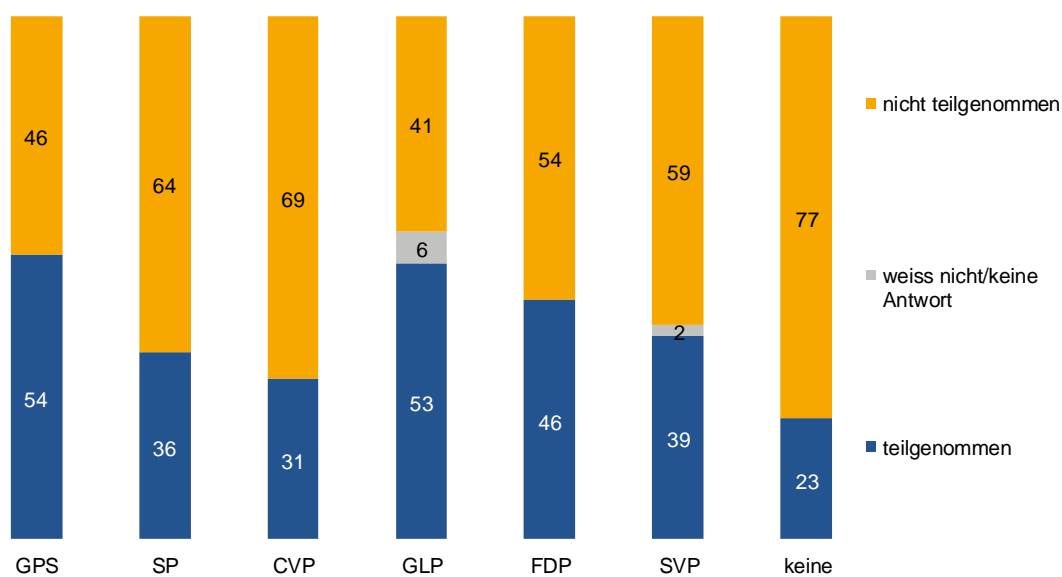
Bei einer kantonsweiten Beteiligungsquote von 37.2 Prozent waren vor allem die Sympathisierenden der beiden nominell grünen Parteien – der GPS und der GLP – überdurchschnittlich mobilisiert:

Grafik 14

Teilnahme Abstimmung Energiegesetz nach Parteibindung

"Bei Abstimmungen geht normalerweise mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten nicht an die Urne. Wie war das bei Ihnen, haben Sie an der Abstimmung über die Teilrevision des Energiegesetzes teilgenommen oder nicht?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn



n = 39

© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (N = 1000), sig.

Die beiden Parteien allein sind jedoch zu klein, um mit ihrer überdurchschnittlichen Mobilisierung das Endergebnis massgeblich zu beeinflussen. Die beiden grösseren Parteien, welche sich für die Vorlage stark machten – SP und CVP –, weisen nur eine durchschnittliche bis sogar leicht unterdurchschnittliche Beteiligung auf.

Auf der Nein-Seite konnte die FDP, die grösste Partei im Kanton Solothurn, überdurchschnittlich mobilisieren, wenngleich nicht ganz so stark wie GPS und GLP. Die ebenfalls ablehnende SVP weist eine durchschnittliche Beteiligung auf.

In der Summe weisen die ablehnenden Parteien eine leicht höhere Beteiligungsquote als die befürwortenden Parteien auf. Der Unterschied ist jedoch nicht statistisch signifikant und zu gering, um allein das Scheitern der Vorlage an der Urne zu erklären.

Stimmberechtigte ohne Parteipräferenz haben sich nur unterdurchschnittlich an der Abstimmung beteiligt. Dies ist ein häufig anzutreffendes Muster, sind doch Parteiungebundene meistens generell weniger an Politik interessiert.

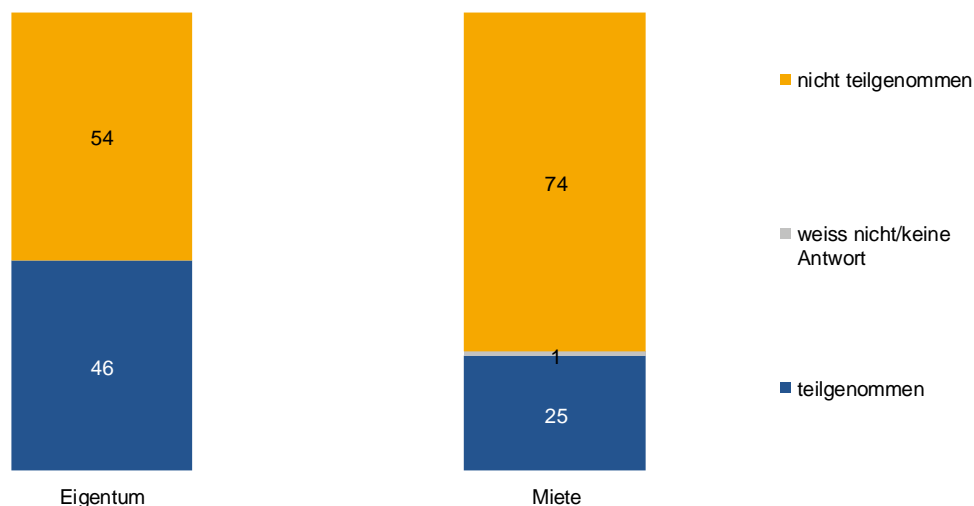
Da die Vorlage vor allem auf den Gebäudebereich abzielte, wurden Wohneigentümerinnen und -eigentümer überdurchschnittlich stark mobilisiert:

Grafik 15

Teilnahme Abstimmung Energiegesetz nach Wohnsituation

"Bei Abstimmungen geht normalerweise mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten nicht an die Urne. Wie war das bei Ihnen, haben Sie an der Abstimmung über die Teilrevision des Energiegesetzes teilgenommen oder nicht?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (N = 1000), sig.

Von den Mieterinnen und Mietern nahmen hingegen nur ein Viertel an der Abstimmung teil.

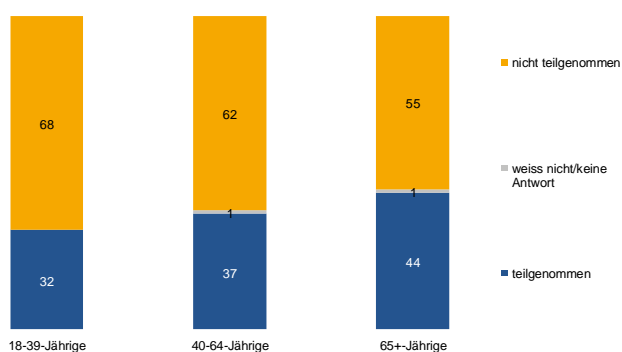
Üblich ist, dass sich ältere Stimmberechtigte häufiger an Abstimmungen beteiligen, was sich auch im vorliegenden Fall zeigt:

Grafik 16

Teilnahme Abstimmung Energiegesetz nach Alter

"Bei Abstimmungen geht normalerweise mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten nicht an die Urne. Wie war das bei Ihnen, haben Sie an der Abstimmung über die Teilrevision des Energiegesetzes teilgenommen oder nicht?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn

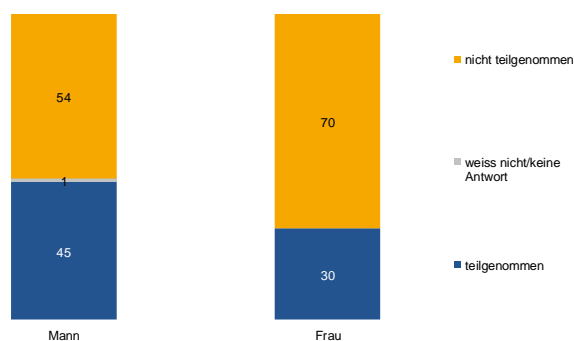


© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (N = 1000), sig.

Teilnahme Abstimmung Energiegesetz nach Geschlecht

"Bei Abstimmungen geht normalerweise mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten nicht an die Urne. Wie war das bei Ihnen, haben Sie an der Abstimmung über die Teilrevision des Energiegesetzes teilgenommen oder nicht?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (N = 1000), sig.

Die Altersgruppe ab 65 Jahren hat sich überdurchschnittlich beteiligt, während die bis 39-Jährigen unterdurchschnittlich teilnahmen. Durch die allgemein tiefere Stimmbeteiligung sind die Unterschiede entlang des Alters jedoch geringer als üblich.

Frappant ist hingegen, dass Männer nach eigener Aussage zu 45 Prozent, Frauen hingegen nur zu 30 Prozent an der Abstimmung teilgenommen haben. In der längerfristigen Betrachtung gibt es keine grundsätzlichen Unterschiede in der

Beteiligung von Männern und Frauen. Fallweise beteiligen sich jedoch themenabhängig einmal mehr Männer und einmal mehr Frauen an einer Abstimmung. Die Vorlagen dieses Abstimmungswochenendes – neben dem Energiegesetz die Vollgeldinitiative und das Geldspielgesetz – scheint im Kanton Solothurn die Männer stärker angesprochen zu haben.

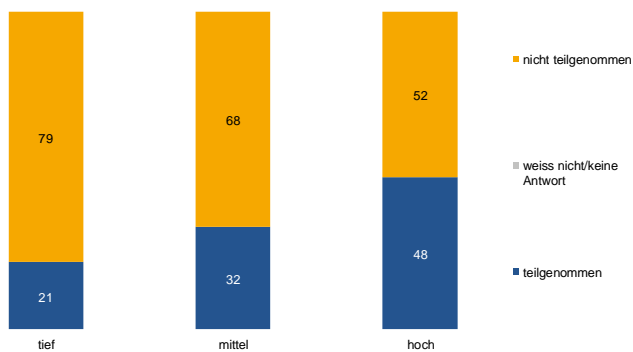
Häufig ist zu beobachten, dass mit zunehmendem sozioökonomischen Status auch die Teilnahmebereitschaft zunimmt. Das zeigt sich auch hier:

Grafik 17

Teilnahme Abstimmung Energiegesetz nach Schulbildung

"Bei Abstimmungen geht normalerweise mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten nicht an die Urne. Wie war das bei Ihnen, haben Sie an der Abstimmung über die Teilrevision des Energiegesetzes teilgenommen oder nicht?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn

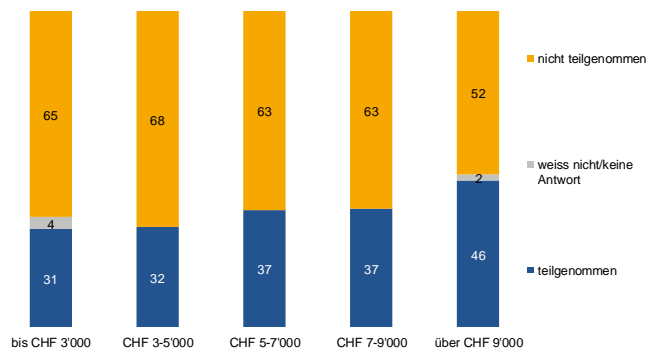


© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (N = 1000), sig.

Teilnahme Abstimmung Energiegesetz nach Haushaltseinkommen

"Bei Abstimmungen geht normalerweise mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten nicht an die Urne. Wie war das bei Ihnen, haben Sie an der Abstimmung über die Teilrevision des Energiegesetzes teilgenommen oder nicht?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (N = 1000), sig.

Personen mit einem höheren Schulabschluss nahmen fast hälftig an der Abstimmung teil. Im mittleren Bildungssegment war es rund ein Drittel, im unteren Segment gut ein Fünftel.

Ebenso nimmt die Teilnahmequote mit steigendem Haushaltseinkommen zu; Haushalte mit bis 3'000 Franken im Monat nahmen am seltensten, jene mit über 9'000 Franken am häufigsten teil.

3.2.2 Stimmverhalten

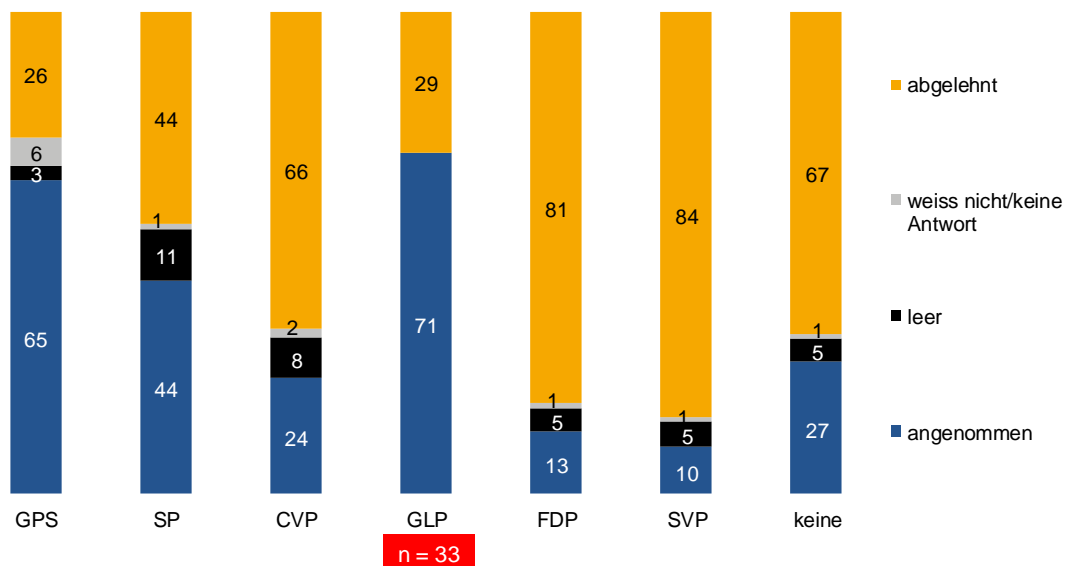
Wenn auch die Entscheidungsfindung deutlich Hinweise auf Überforderung aufweist, ist das strukturelle Muster des eigentlichen Entscheids hingegen klar und einfach:

Grafik 18

Filter Stimmentscheid Teilrevision des Energiegesetzes nach Parteibindung

"Wie haben Sie abgestimmt, welches war Ihr Stimmentscheid zur Teilrevision des Energiegesetzes?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn, die an der Abstimmung teilgenommen haben



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (n = 700), sig.

Die Vorlage scheiterte sichtbar daran, dass der knapp gutgeheissene parlamentarische Entscheid in der Breite unter Sympathisierenden der zustimmenden Parteien nicht geteilt wurde. Faktisch stimmten nur Sympathisierende der GPS und GLP mehrheitlich für die Vorlage, während schon die SP faktisch hälftig gespalten war und die CVP, im Gegensatz zum Parlamentsentscheid, deutlich ins Nein-Lager wegbrach.

Das Nein-Lager von FDP und SVP konnte sich hingegen auf eine deutlich höhere Parolentreue stützen. Zusätzlich würde das Nein durch die klare Ablehnung der Parteungebundenen gestützt.

Somit findet sich eine zweite Begründung für die Ablehnung in der Parolentreue der Stimmberechtigten im Kanton Solothurn: Während beispielsweise Linksgrün inklusive GLP bei der nationalen Energievorlage geschlossen für die Vorlage eintraten und deutlichen Sukkors von CVP-Sympathisierenden erhielten, geschah genau solches bei der Entscheidung im Kanton Solothurn nicht. Faktisch traten an der Urne Grüne und Grünliberale gegen alle anderen an, was schon strukturell zu einem Scheitern führt und dabei auch stark an ökologische Abstimmungsentscheide vor Fukushima erinnert.

Es zeigt sich insbesondere auch, dass den CVP-Sympathisierenden eine wichtige Lackmus-Funktion zukommt: Unsicherheiten in diesem Lager, und die damit ebenfalls zu erwartenden Unsicherheiten bis in die SP hinein, gefährden die Mehrheitsfähigkeit von energiepolitischen Vorlagen auch nach der klaren Zustimmung auf nationaler Ebene.

Bemerkenswerterweise sind Sympathisierende der Grünen und Grünliberalen auch die einzigen aller untersuchten Merkmalsgruppen, welche mehrheitlich für

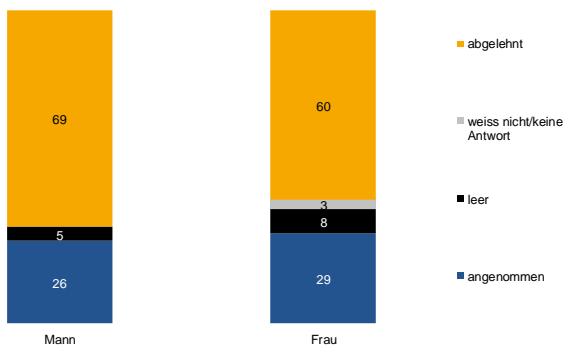
die Vorlage gestimmt hatten: Gerade auch unter erfahrungsgemäss eher ökologisch orientierten Frauen, Jungen und Personen mit höherer formalen Bildung finden sich faktisch keine relevanten Unterschiede Richtung erhöhter Zustimmung:

Grafik 19

Filter Stimmenscheid Teilrevision des Energiegesetzes nach Geschlecht

"Wie haben Sie abgestimmt, welches war Ihr Stimmenscheid zur Teilrevision des Energiegesetzes?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn, die an der Abstimmung teilgenommen haben

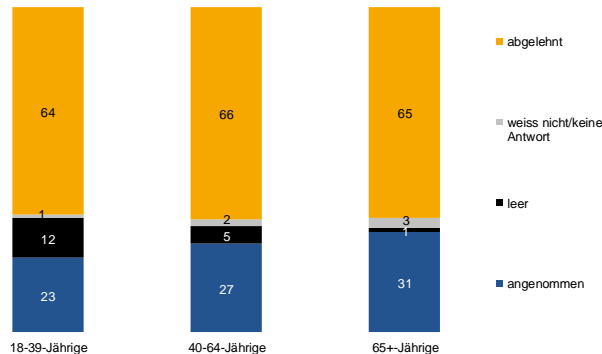


© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (n = 700), sig.

Filter Stimmenscheid Teilrevision des Energiegesetzes nach Alter

"Wie haben Sie abgestimmt, welches war Ihr Stimmenscheid zur Teilrevision des Energiegesetzes?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn, die an der Abstimmung teilgenommen haben



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (n = 700), sig.

So legten Frauen nur geringfügig häufiger ein Ja in die Urne als Männer und stimmten die jüngsten Befragten sogar seltener mit Ja als die ältesten. Hier liegt der Hauptunterschied allerdings im Anteil der leeren Stimmen, der nach eigenen Aussagen in der jüngsten Alterskohorte überdurchschnittlich hoch ist, so dass die Ablehnung in allen Altersgruppen fast gleich hoch ist.

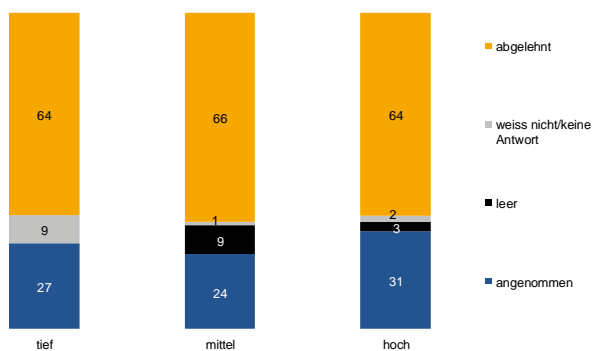
Genauso gering sind die Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen:

Grafik 20

Filter Stimmenscheid Teilrevision des Energiegesetzes nach Schulbildung

"Wie haben Sie abgestimmt, welches war Ihr Stimmenscheid zur Teilrevision des Energiegesetzes?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn, die an der Abstimmung teilgenommen haben

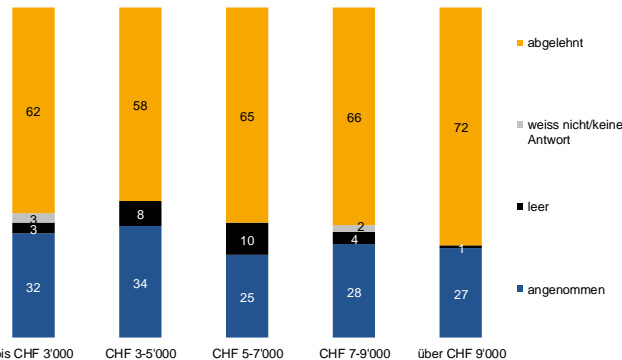


© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (n = 700), sig.

Filter Stimmenscheid Teilrevision des Energiegesetzes nach Haushaltseinkommen

"Wie haben Sie abgestimmt, welches war Ihr Stimmenscheid zur Teilrevision des Energiegesetzes?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn, die an der Abstimmung teilgenommen haben



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (n = 700), sig.

Personen mit einem hohen formalen Bildungsabschluss stimmten nur leicht überdurchschnittlich für die Vorlage. Nach Haushaltseinkommen aufgeschlüsselt zeigt sich eine leicht überdurchschnittliche Befürwortung im tieferen bis mittleren Einkommensbereich. Insgesamt waren diese kleinen Unterschiede für das Gesamtergebnis aber kaum relevant.

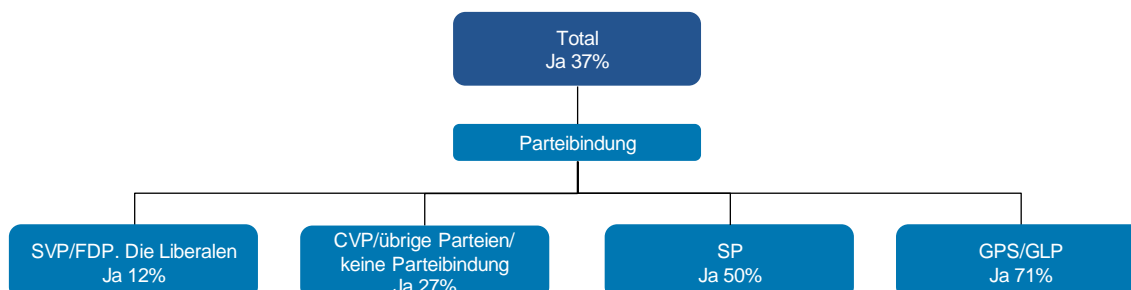
Interessanterweise gibt es zwischen Mieterinnen und Mietern einerseits und Wohneigentümerinnen und -eigentümern andererseits keinen signifikanten Unterschied in ihrem Stimmenscheid. Und das obwohl die Eigentümerinnen und Eigentümer klar stärker mobilisiert waren.

So zeigt die so genannte Answer-Tree-Analyse, dass hinsichtlich der Merkmalsgruppe letztlich die Parteibindung die entscheidende Variable war:

Grafik 21

Profilbaum Abstimmungsentscheid

in % Stimmberechtigte des Kantons Solothurn, die an der Abstimmung teilgenommen haben (nur gültige Stimmen)



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (n = 644)

Erläuterung: Die Answer-Tree-Analyse differenziert für eine abhängige Variable (hier: Stimmenscheid) eine Ausgangspopulation (hier: die Stimmberechtigten, die an der Abstimmung teilgenommen haben) in inhaltlich relevante Teilpopulationen. Die Methode beginnt mit der unabhängigen Variable, welche die grössten signifikanten Unterschiede aufweist (hier: die Parteibindung). Die Methode fasst dabei Teilgruppen zusammen, wenn der Unterschied untereinander nicht signifikant ist (hier: SVP und FDP bilden eine Gruppe). Die Teilgruppen werden in weitere Untergruppen unterteilt, wenn weitere signifikante Unterschiede bestehen und die Fallzahlen genügend gross sind.

Anmerkung: Die Prozentwerte geben das Verhältnis von Ja zu Nein wieder (d.h. ohne "leer" und "weiss nicht/keine Antwort").

Die Analyse zeigt deutlich die Unterschiede entlang des Parteienspektrums. FDP/SVP haben die Vorlage klar abgelehnt, CVP-Sympathisierende und Parteungebundene lehnten die Vorlage mehrheitlich ab, während die SP-Sympathisierenden gespalten waren. Einzig die Anhängerschaft von GPS/GLP stimmten der Vorlage deutlich zu.

Die Answer-Tree-Analyse nimmt keine weitere Merkmalsgruppe auf, was darauf hinweist, dass diese keine zusätzliche Erklärung beisteuern.

3.2.3 Zwischenbilanz

Die Anhängerschaft von GPS und GLP waren am stärksten mobilisiert, gefolgt von derjenigen der FDP. SP und SVP weisen eine durchschnittliche, die CVP eine leicht unterdurchschnittliche Beteiligungsquote auf. Die Parteungebundenen waren deutlich unterdurchschnittlich mobilisiert. In der Summe war das Nein-Lager minim besser mobilisiert als das Ja-Lager.

Einzig die Sympathisierenden von GPS und GLP legten mehrheitlich ein Ja in die Urne. Die Anhängerschaft der SP war gespalten, das CVP-Lager lehnte die Vorlage trotz Ja-Parole mehrheitlich ab. Die ablehnenden FDP und SVP konnten von einer hohen Parolentreue ihrer Anhängerschaften profitieren. Das Nein wurde durch die klar mehrheitliche Ablehnung durch die Parteungebundenen gestützt.

Abgesehen von der Parteibindung sind die Unterschiede bei den übrigen Merkmalsgruppen für das Endergebnis kaum relevant.

3.3 Argumentative Differenzierung

3.3.1 Energiestrategie 2050

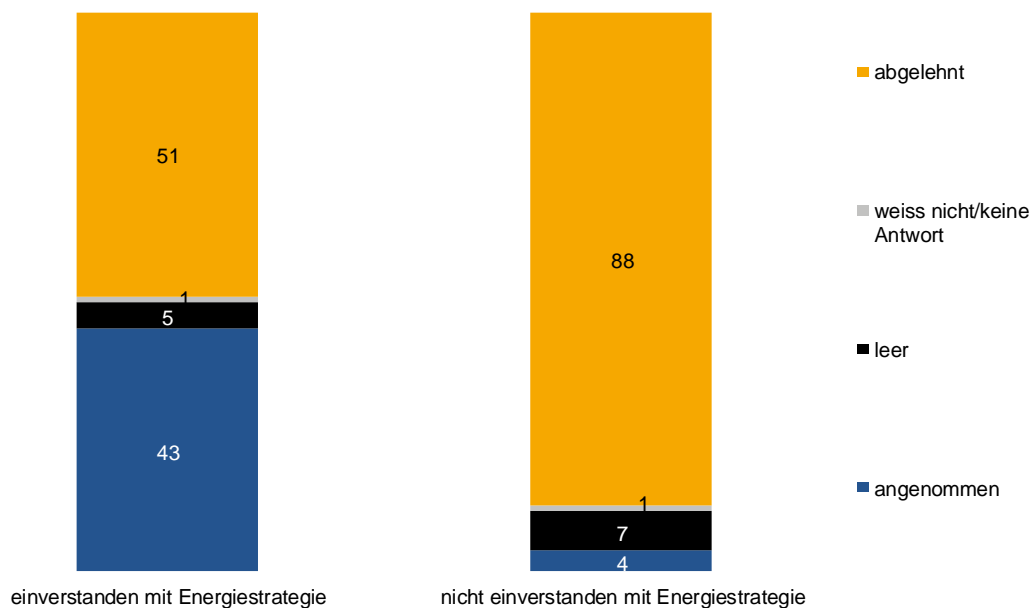
Inhaltlich scheiterte die Vorlage einerseits an der schon 2017 vorgespürten Meinung gegenüber der Energiestrategie 2050:

Grafik 22

Filter Stimmentscheid Teilrevision des Energiegesetzes nach Zustimmung Energiestrategie 2050

"Wie haben Sie abgestimmt, welches war Ihr Stimmentscheid zur Teilrevision des Energiegesetzes?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn, die an der Abstimmung teilgenommen haben



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (n = 700), sig.

Wer sich nämlich gegen die nationale Energiestrategie ausspricht, spricht sich mit grösster Wahrscheinlichkeit auch gegen die kantonale Umsetzung aus. nur gerade 4 Prozent differenzieren in dieser Frage und würden trotz der Kritik an der nationalen Strategie zumindest die kantonale Umsetzung davon annehmen. Dass die kantonale Vorlage selbst für viele Befürwortende der Energiewende zu weit ging, zeigt sich unter anderem daran, dass sogar unter denjenigen, die mit dem nationalen Energiegesetz grundsätzlich einverstanden sind, eine knappe, absolute Mehrheit das kantonale Gesetz an der Urne verworfen hat.

Da die nationale Vorlage in Solothurn nur sehr knapp angenommen wurde (50.6% Ja), führt diese nach wie vor sichtbare enge Verknüpfung zwischen den beiden Vorlagen zu einem sichtbar klaren Startnachteil für die kantonale Vorlage – nota bene noch bevor man sich überhaupt gedanklich mit der spezifischen kantonalen Vorlage auseinandergesetzt hat.

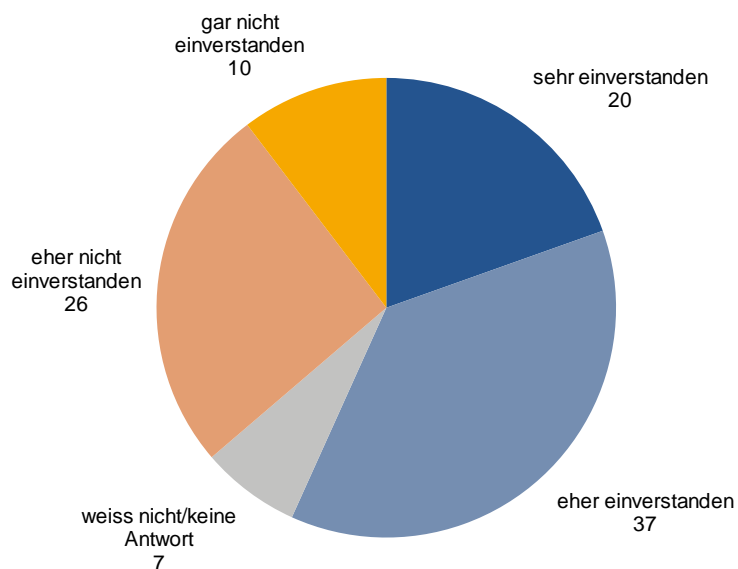
Das kantonale Abstimmungsresultat kann jedoch nicht als Protest gegen die eidgenössische Energiepolitik verstanden werden. Das nationale Gesetz ist heute im Kanton Solothurn sogar weniger umstritten als noch vor gut einem Jahr:

Grafik 23

Beurteilung eidgenössisches Energiegesetz

"Unabhängig davon, ob Sie an der Abstimmung vom Mai 2017 zum neuen eidgenössischen Energiegesetz teilgenommen haben oder nicht: Sind Sie mit dem neuen Energiegesetz sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (N = 1000)

Heute zeigen sich 57 Prozent der Solothurner Stimmberechtigten sehr oder eher mit dem eidgenössischen Energiegesetz einverstanden und nur 36 Prozent nehmen eine Gegenposition ein.

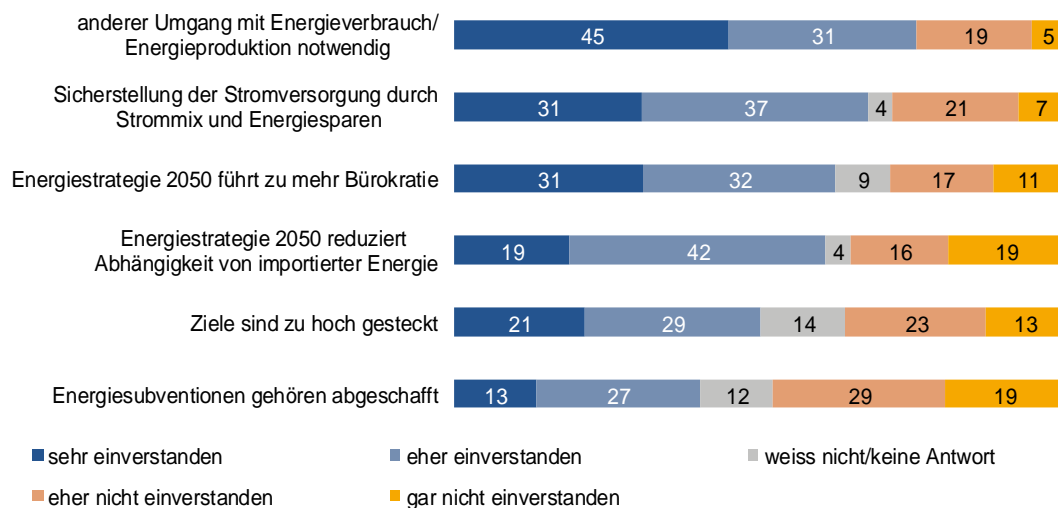
So zeigt sich, dass die Stimmberechtigten auch auf argumentativer Ebene grundsätzlich hinter der Energiestrategie 2050 stehen:

Grafik 24

Argumente Energiestrategie 2050

"Wir haben hier auch einige Argumente rund um die Energiestrategie 2050 gesammelt, die man immer wieder hören kann. Sagen Sie mir, ob Sie damit sehr einverstanden, eher, eher nicht oder gar nicht einverstanden sind."

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (N = 1000)

Die Pro-Argumente werden insgesamt stärker geteilt. Dass ein radikal anderer Umgang mit dem Energieverbrauch und der Energieproduktion nötig ist, wird von 85 Prozent der Stimmberechtigten gesehen. 68 Prozent sind der Meinung, dass durch Stromsparen, Energieeffizienz und einem Strommix aus erneuerbaren Energien wie Wind und Sonne die zukünftige Energieversorgung sichergestellt werden kann. Etwas umstrittener, aber mit 61 Prozent immer noch klar mehrheitlich, ist die Meinung, dass die Energiestrategie 2050 die Abhängigkeit von importierten fossilen Energien reduziert.

Bei der Energiestrategie 2050 werden jedoch auch Schattenseiten erkannt: So sehen die Stimmberechtigten vor allem, dass sie zu mehr Vorschriften, mehr Bürokratie und letztlich zu höheren Wohnkosten führt (63%). Die Hälfte der Befragten findet, dass die hochgesteckten Ziele der Energiestrategie nie erreicht werden können. Allerdings fordern nur 40 Prozent, dass Subventionen für erneuerbare Energien abgeschafft werden sollen, da sie den Energiemarkt verzerren. Dem widersprechen 48 Prozent.

3.3.2 Gründe für Stimmenscheid

In der offenen Frage begründen die Ja-Stimmenden ihren Entscheid inhaltlich vor allem mit der Zukunftssicherung zukünftiger Generationen:

Grafik 25

Hauptgrund für Teilrevision Energiegesetz

"Welches sind die Hauptgründe, dass Sie die Teilrevision des Energiegesetzes angenommen haben?"



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO 2018 (n = 238)

Ein weiterer wichtiger inhaltlicher Beweggrund war Umweltschutz und Nachhaltigkeit. Weiter wollten sie mit der Vorlage erneuerbare Energien fördern und die Energiestrategie 205 umsetzen. Veränderungen allgemein wie auch Investitionen in Gebäude werden als notwendig erachtet. Ferner ging es den Befürwortenden um eine Reduktion von fossilen Brennstoffen und CO₂ sowie einer Förderung von Nachhaltigkeit.

Grafik 26

Hauptgrund gegen Teilrevision Energiegesetz

"Welches sind die Hauptgründe, dass Sie die Teilrevision des Energiegesetzes abgelehnt haben?"



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO 2018 (n = 406)

Weiter wurden Nachteile für Hausbesitzerinnen und -besitzer erwartet. Man hielt das Gesetz für nicht umsetzbar und für unnötigen bürokratischen Aufwand. Ferner wird die Nein-Stimme auch mit Nachteilen für Mieterinnen und Mieter sowie mit fehlendem Handlungsbedarf begründet.

3.3.3 Bewertung der Argumente

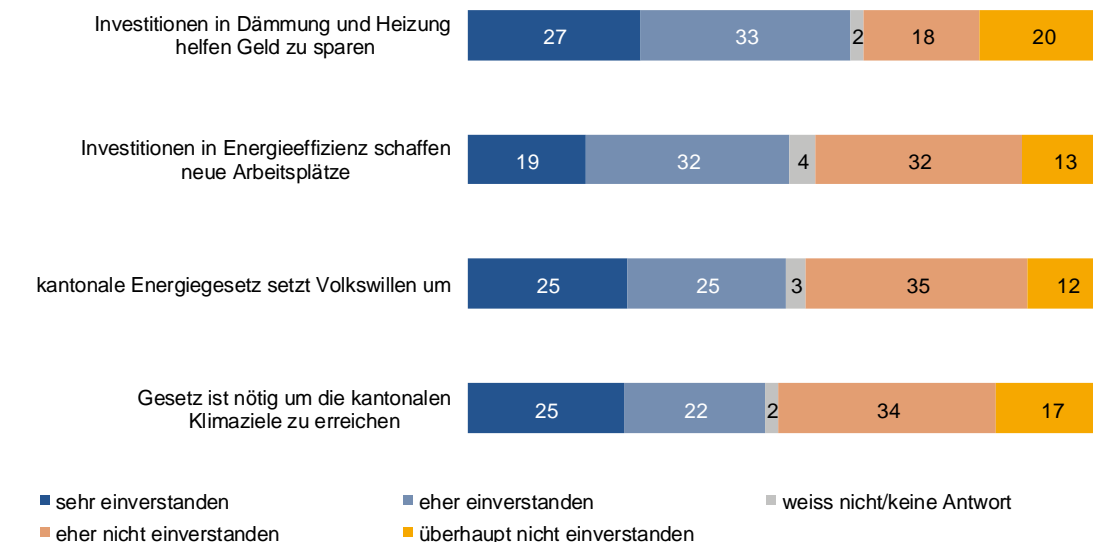
Beide Seiten konnten mehrheitsfähige Argumente vorweisen. Die Pro-Argumente waren jedoch insgesamt umstrittener:

Grafik 27

Filter Pro-Argumente Abstimmung zur Teilrevision Energiegesetz

Wir haben hier einige Argumente rund um die Abstimmung zur Teilrevision des Energiegesetzes gesammelt, die man immer wieder hören konnte. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind."

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn, die an der Abstimmung teilgenommen haben



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (n = 700)

Nur rund die Hälfte der teilnehmenden Stimmberechtigten waren der Meinung, dass durch die Investitionen in Energieeffizienz neue Arbeitsplätze geschaffen und mit dem kantonalen Energiegesetz der Volkswillen umgesetzt würden. Eine knappe Mehrheit glaubte zudem nicht, dass das Gesetz zur Erreichung der kantonalen Klimaziele nötig sei.

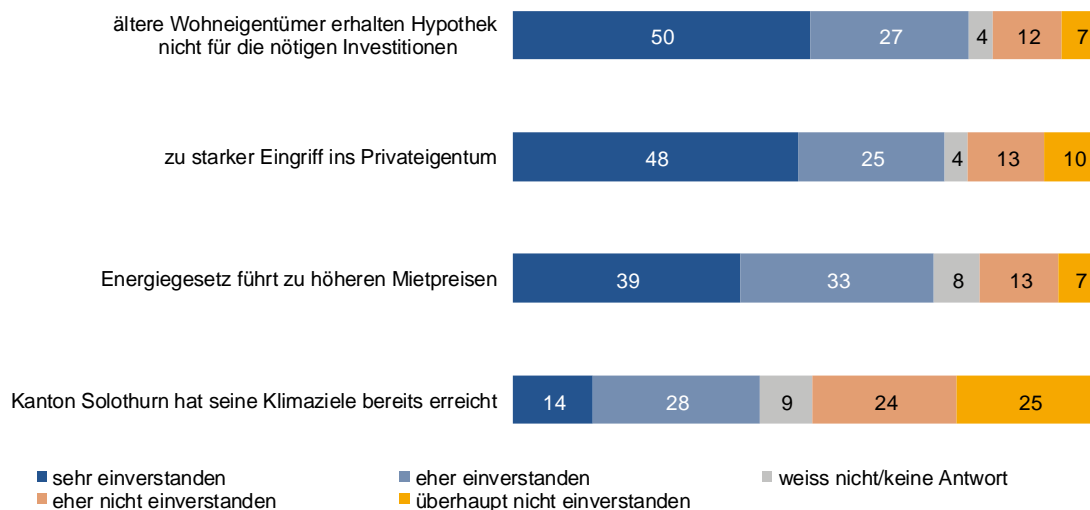
Immerhin eine etwas deutlichere Mehrheit von 60 Prozent denken, dass Investitionen in Dämmung und Heizung zu tieferen Kosten führen können.

Grafik 28

Filter Contra-Argumente Abstimmung zur Teilrevision Energiegesetz

"Wir haben hier einige Argumente rund um die Abstimmung zur Teilrevision des Energiegesetzes gesammelt, die man immer wieder hören konnte. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind."

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn, die an der Abstimmung teilgenommen haben



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (n = 700)

Sie waren die Sorge um ältere Wohneigentümerinnen und -eigentümer, welche keine Hypothek für die nötigen Investitionen erhielten, der Befund eines zu starken Eingriffs ins Privateigentum sowie die Sorge um erhöhte Mietpreise klar vorhanden.

Einzig die Feststellung, dass der Kanton die Klimaziele bereits erreicht hätte, konnte nicht zünden. Eine relative Mehrheit der Teilnehmenden glaubte dieses Argument nicht.

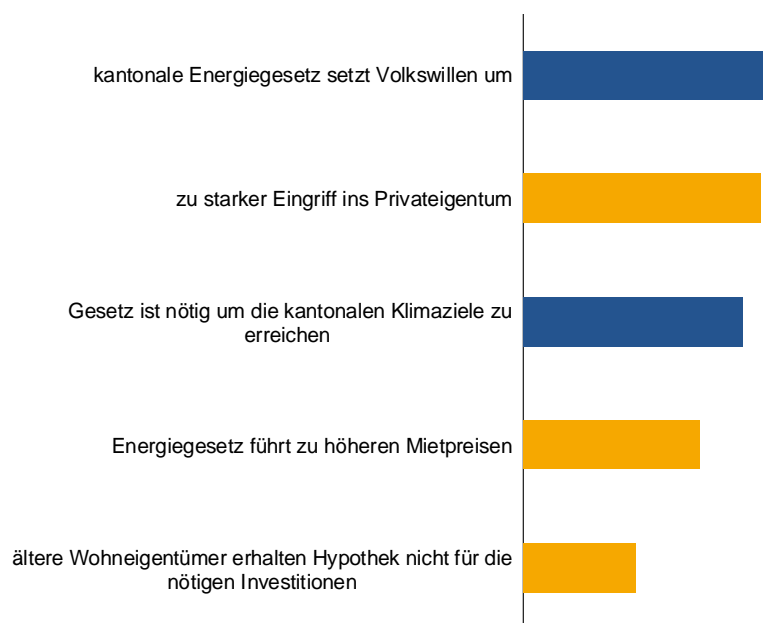
3.3.4 Entscheidungswirkung

Dass die kantonale Vorlage nicht nur knapp, sondern deutlich scheiterte, ist in einem weiteren Schritt darauf zurückzuführen, dass auch die Befürworterschaft von 2017 alles andere als geschlossen für die kantonale Vorlage eintrat. Faktisch wurde die Ablehnung durch erwartete individuelle Nachteile befeuert:

Grafik 29

Analyse Wirkung Argumente auf Stimmentscheid Teilrevision des Energiegesetzes

Stimmberechtigte des Kanton Solothurn, die an der Abstimmung teilgenommen haben (nur gültige Stimmen)



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (n = 644), sig., Erklärungsgrad 71% (Nagelkerkes R²)

Erläuterung: Die eingesetzte Methode der **logistischen Regression** beschreibt das Vorhandensein des Einflusses von unabhängigen Variablen (in abnehmender Reihenfolge) auf eine abhängige Variable. Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer Ja-Stimmabgabe (blau) oder eher zu einer Nein-Stimmabgabe (gelb) geführt hat. Nagelkerkes R² ist ein Pseudo-Bestimmtheitsmass, das den erklärten Anteil der Varianz der abhängigen Variablen durch alle unabhängigen Variablen im Modell angibt – je näher der Wert bei 100% liegt, desto grösser ist die Erklärungskraft des Modells. Argumente, welche in der Grafik nicht erscheinen, haben keinen Einfluss.

So zeigt sich nämlich, dass der Bezug zum Klimawandel und der nationalen Strategie zwar trug, im Detail aber durch befürchtete Eingriffe ins Privateigentum sowie Negativfolgen für Mieterinnen und Mieter kontrastiert wurden. Schwach spielt auch die Sorge um ältere Wohneigentümerinnen und -eigentümer eine Rolle.

Keine Wirkung Richtung Nein entwickelten hingegen der Verweis auf einen fehlenden Handlungsbedarf, während auf der Ja-Seite aber auch die Kostenersparnisse durch bessere Dämmung und Heizung und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen das Ja nicht messbar befördert haben.

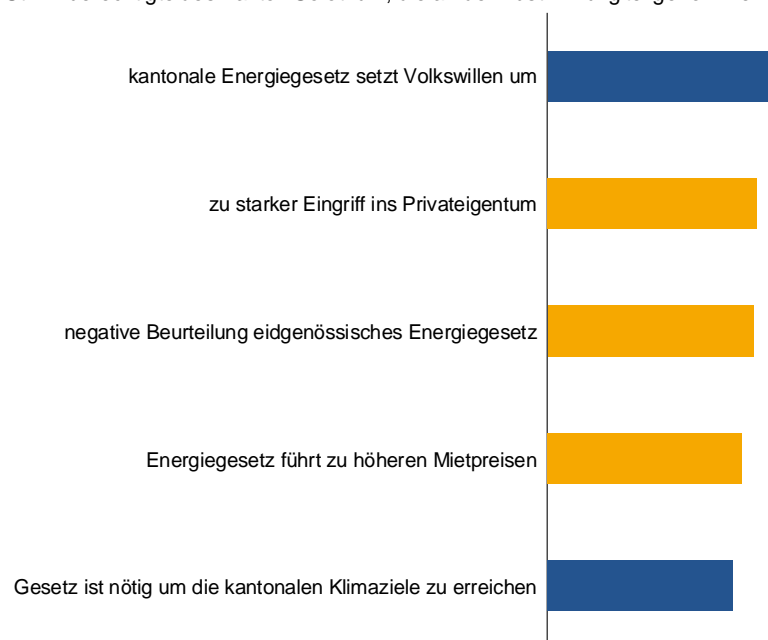
Kurz: Die Vorlage scheiterte inhaltlich daran, dass im Wohnbereich Nachteile befürchtet wurden und diese Sicht die genuine Gegnerschaft der Energiestrategie 2050 mehrheitsfähig gemacht hat.

Ergänzt man das Erklärungsmodell um die Beurteilung der eidgenössischen Energiestrategie, erhöht sich dessen Erklärungsgrad nochmals leicht:

Grafik 30

Analyse Wirkung Argumente/Beurteilung eidg. Energiegesetz auf Stimmentscheid Teilrevision des Energiegesetzes

Stimmberechtigte des Kanton Solothurn, die an der Abstimmung teilgenommen haben (nur gültige Stimmen)



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (n = 644), sig., Erklärungsgrad 73% (Nagelkerkes R²)

So zeigt sich erneut, dass die Unterstützerinnen und Unterstützer der Energiestrategie überdurchschnittlich für die kantonale Vorlage gestimmt haben, wobei hier besonders der Umkehrschluss betont werden muss: Wer gegen die Energiestrategie 2050 war, hat auch die kantonale Vorlage deutlich abgelehnt.

3.3.5 Zwischenbilanz

Inhaltlich scheiterte die Vorlage einerseits an der Meinung gegenüber der Energiestrategie 2050: Wer dieser ablehnend gegenübersteht, legte fast flächendeckend auch 2018 ein Nein in die Urne. Die kantonale Vorlage ging sogar vielen Befürwortenden der Energiestrategie 2050 zu weit, und so stimmte sogar eine Mehrheit von ihnen gegen die kantonale Gesetzesrevision.

Andererseits ist das deutliche Scheitern auf die Erwartung individueller Nachteile zurückzuführen. Vor allem der als zu stark wahrgenommene Eingriff ins Privateigentum und die Befürchtung höherer Mieten befeuerten das Nein. Die meinungswirksamen Pro-Argumente waren dagegen deutlich schwächer in der Bevölkerung verankert: Dass die kantonale Vorlage den Volkswillen umsetzt, glaubte nur die Hälfte der Teilnehmenden. Dass das Gesetz zur Erreichung der kantonalen Klimaziele nötig sei, wird sogar mehrheitlich bestritten.

3.4 Neue Vorlage

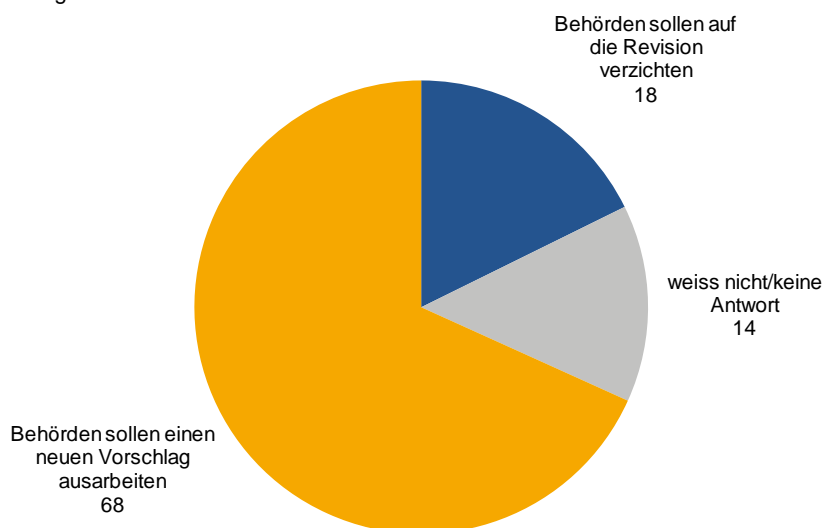
Die deutliche Ablehnung und die dahinterstehende inhaltliche Begründung sind allerdings kein grundsätzliches Veto gegen eine kantonale Energiegesetzgebung:

Grafik 31

Verhalten Behörden nach der Ablehnung der Revision

"Werfen wir nun noch einen Blick in die Zukunft. Was ist Ihre persönliche Ansicht, sollten die Behörden nun nach der Ablehnung auf eine Revision des kantonalen Energiegesetzes verzichten, oder sollen die Behörden noch einmal gründlich darüber nachdenken und einen neuen Vorschlag ausarbeiten?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (N = 1000)

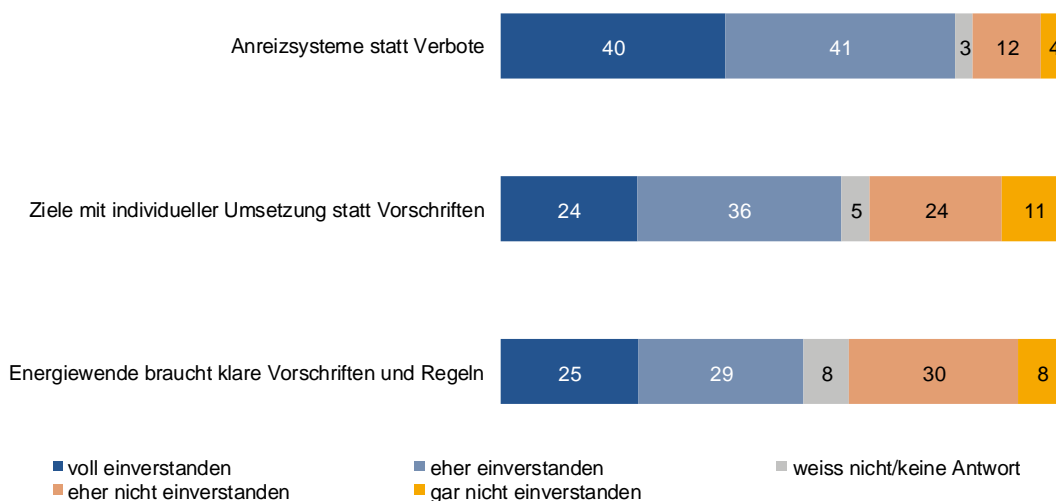
So wünschen 68 Prozent aller Solothurner Stimmberechtigten, dass die Behörden einen neuen Vorschlag ausarbeiten, während nur gerade 18 Prozent einen kompletten Verzicht wollen. Dies ist explizit auch unter Urnengängerinnen und Urnengängern so, welche die kantonale Vorlage abgelehnt haben, auch wenn in dieser Gruppe überdurchschnittliche 32 Prozent einen grundsätzlichen Verzicht wünschen (62 Prozent präferieren die Ausarbeitung einer neuen Vorlage).

Auch in keiner anderen soziodemographischen Untergruppe zeigt sich ein deutliches Zeichen gegen eine neue Vorlage. Am höchsten ist der Wert unter SVP-Sympathisierenden, die zu 30 Prozent komplett auf eine Revision verzichten wollen.

Stossrichtung für zukünftige Projekte

"In den Medien konnte man nach der abgelehnten Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes verschiedene Ansichten lesen und hören, was bei der gescheiterten Vorlage hätte anders gemacht werden können. Ich lese Ihnen in der Folge nun einige davon vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie mit einer solchen Stossrichtung für ein zukünftiges Projekt voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind."

in % Stimmberechtigter des Kantons Solothurn



© gfs.bern, Nachanalyse Energiegesetz SO Juli/August 2018 (N = 1000)

Inhaltlich haben es auch für einen zweiten Versuch aus Sicht der Solothurner Stimmberechtigten klare Vorschriften und Regeln am schwersten, wenn auch knapp mehrheitliche 54 Prozent grundsätzlich klare Vorschriften zur Energiewende für nötig erachten, während mit zunehmendem Grad an Unverbindlichkeit auch der Grad an Zustimmung zunimmt: 81 Prozent wünschen sich ein reines Anreizsystem, während eine Steuerung über Zielvorgaben ohne Umsetzungsvorgaben eine Zustimmung von 60 Prozent findet.

3.4.1 Zwischenbilanz

Die Ablehnung der Vorlage ist kein generelles Veto gegen eine Revision. 68 Prozent wünschen sich einen neuen Vorschlag der Behörden. Dieser sollte jedoch verstärkt auf Anreizsysteme und Zielvorgaben statt Vorschriften und Verbote setzen.

4 Synthese

Wir fassen die Erkenntnisse der Studie mit folgenden Thesen zusammen:

These 1

Die inhaltliche Überforderung und das Fehlen einer attraktiven Vorlage, über die gleichentags auf nationaler Ebene abgestimmt worden wäre, führten zu einer unterdurchschnittlichen Stimmbeteiligung.

Die Stimmbeteiligung an einem Abstimmungswochenende ergibt sich meistens aus der Attraktivität der nationalen Vorlagen, wenn nicht gleichentags kantonale Wahlen stattfinden. Mit der Vollgeldinitiative und dem Geldspielgesetz kamen zwei nationale Vorlagen zur Abstimmung, die aus Sicht der Stimmbevölkerung nur wenig attraktiv erschienen und deshalb auch in anderen Kantonen zu unterdurchschnittlichen Stimmbeteiligungen führten.

Die Revision des kantonalen Energiegesetzes konnte auf diesem tiefen Sockel kaum an zusätzlicher Beteiligung hervorrufen. Die Stimmberechtigten können sich bereits ein Monat nach der Abstimmung nur noch mit Mühe an Inhalte der Vorlage erinnern und die Teilnehmenden erachteten es rückblickend als schwierig, sich eine Meinung zu bilden. Die inhaltliche Überforderung beförderte wahrscheinlich auch hier die Abstimmungsabstinenz.

These 2

Die inhaltliche Überforderung befeuerte die Ablehnung der Vorlage. Die Teilnehmenden hätten gerne mehr Informationen gehabt, insbesondere auch von den Behörden.

Die Mehrheit der Teilnehmenden fanden die Meinungsbildung schwierig. Ein grosser Teil hätte sich mehr Informationen gewünscht, auch von den Behörden. So zeigt sich, dass wer sich schlecht informiert fühlte, überdurchschnittlich oft auch ein Nein in die Urne legte. Das ist kein unübliches Muster bei Abstimmungen: Wenn man unsicher über die Konsequenzen einer Vorlage ist, votiert man für den Status quo.

Ein erhöhter Informationsaufwand allein hätte aber kein substantiell anderes Endergebnis hervorgebracht, da auch Personen, die sich gut informiert fühlten, die Vorlage mehrheitlich ablehnten.

Zudem zeigt sich kein statistischer Zusammenhang zwischen der Nutzung einer bestimmten Mediengattung zur Informationsbeschaffung und dem individuellen Stimmentscheid.

These 3

Die Vorlage scheiterte an der tiefen Parolentreue im Ja-Lager und an der hohen Parolentreue im Nein-Lager.

Auf dem generell tiefen Niveau waren auf der Pro-Seite die Sympathisierenden von GPS und GLP überdurchschnittlich, jene der CVP unterdurchschnittlich mobilisiert. Auf der Contra-Seite war das FDP-Lager leicht überdurchschnittlich mobilisiert. Die in der Summe leicht höhere Beteiligung der Contra-Seite war jedoch nicht relevant für das Endergebnis.

Nur die Sympathisierenden von GPS und GLP haben der Vorlage mehrheitlich zugestimmt. Die Anhängerschaft der SP war gespalten, diejenige der CVP stimmte mehrheitlich Nein. Auf der Contra-Seite stimmten jeweils über 80 Prozent der Sympathisierenden von FDP und SVP gegen die Revision. Durch die

hohe Parolentreue auf Seiten der Gegnerschaft und die tiefe Parolentreue bei SP und insbesondere CVP ist das so deutliche Nein zustande gekommen. Gestützt wurde es zudem durch die ebenfalls klare Ablehnung innerhalb der Parteiungebundenen.

Auf dem tiefen Niveau erhöhte Beteiligungsquoten finden sich unter anderem bei Wohneigentümerinnen und -eigentümern, welche durch die direkte Betroffenheit durch die Vorlage stärker als die Mieterinnen und Mieter mobilisiert waren. Diese Zusatzmobilisierung hat jedoch kaum Einfluss auf das Gesamtergebnis, da – ähnlich wie bei den anderen gemessenen Merkmalsausprägungen ausser der Parteibindung – sich die Stimmenscheide zwischen von Eigentümerinnen und Eigentümern kaum von denen der Mieterinnen und Mietern unterscheiden.

These 4

Die kantonale Abstimmung ist kein Votum gegen die Energiestrategie 2050. Die Befürwortenden der Energiestrategie waren in der Frage der kantonalen Umsetzung jedoch gespalten, während die Gegnerschaft geeint war.

Bei der nationalen Abstimmung stimmte der Kanton Solothurn mit einem 50.6 Prozent Ja-Anteil äussert knapp der Energiestrategie 2050 zu. Nach rund einem Jahr ist die Energiestrategie unter den Solothurner Stimmberechtigten weniger umstritten. Entsprechend ist die mehrheitliche Ablehnung der kantonalen Vorlage nicht mit einem generellen Votum gegen die Energiestrategie zu verwechseln.

Nichtsdestotrotz zeigen sich klare Unterschiede entlang der Beurteilung der Energiestrategie hinsichtlich der kantonalen Vorlage. Die Teilnehmenden, welche die Energiestrategie ablehnen, haben fast vollständig die kantonale Revision abgelehnt. Auf der anderen Seite waren die Energiestrategie-Befürwortenden gespalten. Selbst in dieser Gruppe lehnte eine knappe Mehrheit das kantonale Gesetz ab.

These 5

Die Contra-Argumente rund um individuelle Bedenken sind stärker in der Bevölkerung verankert und meinungswirksam. Die Pro-Argumente waren insgesamt umstrittener.

Die Contra-Seite hatte mit der Sorge um ältere Wohneigentümerinnen und -eigentümer, um Mietpreiserhöhungen und einen zu starken Eingriff in das Privateigentum drei alltagsnahe Argumente, die sich verfangen und die Meinung wirksam in Richtung Nein verschoben haben.

Auf der Pro-Seite waren nur zwei Argumente meinungswirksam: Einerseits die Aussage, dass mit dem kantonalen Gesetz der Volkswille umgesetzt würde. Dies ist unter den Befragten zumindest umstritten. Andererseits die Meinung, dass das Gesetz zur Erreichung der kantonalen Klimaziele nötig sei. Dies wurde mehrheitlich nicht geglaubt. Die Teilnehmenden stimmen zu, dass Investitionen in Dämmung und Heizung die Kosten senken können. Auf den individuellen Stimmenscheid hatte das Argument jedoch keinen Einfluss.

These 6

Der Abstimmungsausgang ist kein generelles Veto gegen eine Revision des Energiegesetzes. Bei einer Neuauflage werden jedoch (unverbindlichere) Anreizsysteme und Zielvorgaben statt strikter Vorschriften und Verbote gewünscht.

Die Stimmberechtigten wünschen, dass die Behörden einen neuen Entwurf für die Gesetzesrevision in Angriff nehmen. Das gilt explizit auch für die Gegnerschaft der abgelehnten Vorlage. Hier zeigt sich erneut, dass die Abstimmung

nicht generell gegen die Energiestrategie 2050 gerichtet ist, sondern der konkrete Vorschlag als ungenügend befunden wurde.

Für eine künftige Vorlage können sich die Stimmberechtigten gut vorstellen, dass vermehrt auf Anreizsysteme und Zielvorgaben statt auf Vorschriften und Verboten gesetzt wird. Das ist ein häufig zu beachtendes Schema: Je unverbindlicher eine Massnahme ist, desto bereitwilliger wird sie akzeptiert. Beginnt sie das Individuum im Alltag zu schmerzen, sinkt die Bereitschaft deutlich. Ein konkreter Vorschlag muss die Gratwanderung zwischen dem Wunsch der Bevölkerung, möglichst nicht davon tangiert zu werden, und dem Erreichen der damit angestrebten Ziele meistern.

5 Anhang

5.1 gfs.bern-Team



URS BIERI

Co-Leiter, Politik- und Medienwissenschaftler, Executive MBA FH in strategischem Management, Lehrbeauftragter an der Kalaidos Fachhochschule

Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Risikotechnologien, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Integrierte Kommunikationsanalysen, Qualitative Methoden

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und auf dem Internet



JONAS PHILIPPE KOCHER

Projektleiter, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, Abstimmungen und Wahlen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Gesellschaftsthemen, Integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, Hochrechnungen, Feldaufträge



ALEXANDER FRIND

Junior-Projektleiter, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, Abstimmungen und Wahlen, Gesellschaftsthemen, Medieninhaltsanalysen, Qualitative Methoden



KATRIN WATTENHOFER

Projektassistentin, Politikwissenschaftlerin

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Qualitative Methoden, Recherchen, Medienanalysen, Visualisierungen



JOSÉ KRESS

Projektassistent, Soziologe

Schwerpunkte:

Programmierung und Auswertung quantitative Projekte, Modellierungen, Visualisierungen, qualitative Datenanalyse, Lektorate



DANIEL BOHN

Projektmitarbeiter, Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

Schwerpunkte:

Quantitative und qualitative Datenanalyse, Datenaufbereitung, Visualisierung

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
Postfach
CH – 3001 Bern
Telefon +41 31 311 08 06
Telefax +41 31 311 08 19
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

**SCHWEIZER
MARKTFORSCHUNG**
Kein Verkauf - Wissenschaftlich - Anonym

**gfs.bern**
Menschen. Meinungen. Märkte.